

Klassenkampf

Publikation in deutscher Sprache von Genossen und Sympathisanten der Trotzistischen Fraktion für die Vierte Internationale

<http://www.ft-europa.org>

Juni 2009

kontakt@ft-europa.org

AKTION  **N**
STATT
RESIGNATION  **N**

Eine Antwort auf Arbeitslosigkeit und Armut

**Die Kapitalisten sollen
für die Krise zahlen!**

Über uns

Die Trotzistische Fraktion- für die Vierte Internationale (FT) ist eine internationale Strömung, die sich das marxistisch-revolutionäre Erbe Lenins und Trozki auf ihre Banner geschrieben hat.

Wir vertreten die Auffassung, dass allein die Selbstorganisation aller Unterdrückten und Ausgebeuteten der Schlüssel zur Befreiung aus der kapitalistischen Barbarei ist.

Wir kämpfen für den Aufbau revolutionärer Parteien in allen Ländern der Welt, mit dem Ziel der Rekonstruktion der IV Internationale, einer Weltpartei für die sozialistische Revolution. Diese muss unbarmherzig gegen Klassenkollaboration, Opportunismus und alle anderen Kräfte, welche die Arbeiterklasse verraten, vorgehen.

Wir rufen alle echten Revolutionäre dazu auf, mit uns gemeinsam auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Denn nur wenn wir einen eindeutig klassenpolitischen Kampf führen, kann sich in der Arbeiterklasse ein Klassenbewusstsein entwickeln. Nur in diesem Kampf, indem sie den Verrat ihrer traditionellen Führung erlebt, wird sie erkennen, dass sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen muss.

Diese Publikation wird von Genossen in Zusammenarbeit mit Sympathisanten der Trotzistischen Fraktion in Deutschland herausgegeben. Sie soll auch anderen die allein oder in anderen Organisationen für die selben Ziele kämpfen die Möglichkeit bieten sich zu aktuellen oder politisch relevanten Themen zu äußern und so fruchtbare Diskussionen anzustoßen, die unsere Auseinandersetzung mit der jetzigen Lage in Deutschland bereichern. Wir sehen diese Publikation daher auch als Bindeglied, das den Austausch zwischen Revolutionären erleichtern soll und die Diskussionen die innerhalb unseres kleinen Zirkels stattfinden vertiefen, festhalten und anderen zugänglich machen soll. Wenn wir damit die Diskussion zwischen Revolutionären und politisch Fortschrittlichen ein bisschen erleichtern könnten, wäre dies im Rahmen unserer sehr begrenzten Kräfte, auch ein kleiner Beitrag auf dem Weg zur Rekonstruktion der 4. Internationale.

Die Trotzistische Fraktion (FT) besteht aus der **PTS (Partido de Trabajadores por el Socialismo)** in Argentinien, der

LTS (Liga de Trabajadores por el Socialismo) in Mexiko, der

LOR-CI (Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional) in Bolivien, der

LER-QI (Liga Estrategia Revolucionaria) in Brasilien, der

CcC (Clase contra Clase) in Chile,

LTS (Liga de Trabajadores por el Socialismo) in Venezuela,

LRS (Liga de la Revolución Socialista) in Costa Rica, **CcC (Clase contra Clase)** im Spanischen Staat, der sympatisierenden Organisation

ex Groupe CRI (Communiste Révolutionnaire Internationaliste) in Frankreich, sowie weiteren Genossen in Deutschland und Italien.

Um mit uns Kontakt aufzunehmen, schreiben Sie uns eine E-mail an correo@ft-ci.org und besuchen Sie unsere Internetseite unter <http://www.ft-europa.org> bzw. <http://www.ft-ci.org>.

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL 3

WIRTSCHAFT

Die Kapitalisten sollen 4
für die Krise zahlen.
Eine Antwort auf Arbeitslosigkeit
und Armut

GEWERKSCHAFTEN

Betrug und Verrat 7
Zur Politik der Gewerkschafts-
bürokratien angesichts der
Wirtschaftskrise

ARBEITERNACHRICHTEN

Exemplarischer Ausverkauf 9
bei Mahle-Alzenau

(UN)BILDUNG

Wir zahlen nicht für Eure Krise -
Auf zum Bildungstreik 2009 10

EUROPA

Europawahlen: Eine erste Bilanz .. 13

INTERNATIONALES

Pakistan

Obamas dritter Krieg? 16

Venezuela

Verstaatlichungen à la Chavez 18

Wieder Mord an Gewerkschafter 20
in Venezuela

Argentinien

Der Kampf der Zanon-Arbeiter 21

Interview:

Ohne Besitzer, ohne Chefs, 22
ohne Bürokraten

REPRESSION

One-Way nach Vietnam 25
mit Air Berlin

Brasilien

Schlachtfeld Campus: Repression .. 26
an der Universität von São Paulo

LETZTE SEITE

Bundeswehr raus aus Afghanistan und
dem Nahen Osten

EDITORIAL

Risse im System

Weder die betäubenden 60 Jahre-BRD Feiern unter dem Brandenburger Tor, noch Freibier und Würstchen am ersten Mai, altbekannte Sprüche im Superwahljahr oder neu entdeckte Ohnesorg Mörder können uns darüber hinweg täuschen: die Krise zerreißt allmählich die Rinde im Land.

Hohe Produktionsrückgänge, starker Abfall des BIP, 8,6% Arbeitslose, Kurzarbeit und Werksschließungen bringen die Lokomotive Deutschland zum Bremsen. Über eine klare Antwort auf diese Krise ist sich jedoch selbst die Kapitalistenklasse nicht einig: keynesianische Maßnahmen, bürgerliche Verstaatlichungen oder der Ruf nach einer Rückkehr zu den Prinzipien der freien Marktwirtschaft geben sich die Hand. Diese Unstimmigkeiten spiegeln sich auch innerhalb der Parteien wieder: Die SPD befindet sich in einer Krise historischen Ausmaßes, die sich auch in den Europawahlen niederschlug. Abgeordnete der Linken, die keine Lösung der Krise entwickeln konnte, verlassen die Partei. Selbst innerhalb der Union treten Interessenkonflikte auf – wir stehen vor einem brüchigen Parteiensystem und Rissen innerhalb der Kapitalistenklasse.

Eines ist bei allen bürgerlichen Lösungsvorschlägen klar: Die Kosten der Krise sollen auf dem Rücken der Arbeiter abgeladen werden. Massenentlassungen und ewige Kurzarbeit betreffen vor allem die Arbeiter des Automobilsektors, die sich in den vergangenen Monaten konsequent gegen ihre Opferung zu Gunsten der Kapitalisten werten. Arbeiterkämpfe wie im Mahle-Alzenau Werk zeigen, dass das deutsche Proletariat langsam seine Methoden radikalisiert und den Abwehrkampf anführen kann. Die Gewerkschaftsführungen jedoch, forcieren ihre Politik des «Betrugs und Verrats» und sind immer noch in der Lage die anschwellende Wut und Unzufriedenheit der Arbeiter zu kontrollieren, notfalls auch durch die Androhung von Gewalt in den eigenen Reihen. Dies führt unweigerlich zu Widersprüchen zwischen Führung und Basis, ein weiterer Riss im sozialen System Deutschlands.

Wir denken, dass der Kampf für die politische Unabhängigkeit des Proletariats zunächst die Enttarnung der

verbrecherischen Politik der Bürokraten der Gewerkschaften erfordert. Arbeiter anderer Länder sind bereits einen Schritt weiter gegangen: so zeigt uns das Beispiel der Keramik-Fabrik Zanon aus Argentinien wie Fabrikkomitees die Bürokraten ablösen können um für die Produktion unter Arbeiterkontrolle zu kämpfen. Ein Arbeiter und Genosse der argentinischen Gruppe der Trotzkiistischen Fraktion berichtet uns in einem Interview über die Erfahrungen der Selbstverwaltung und den Kampf um Verstaatlichung.

«Verstaatlichung» tönt es auch in Deutschland und anderen Ländern seit der Krise allenthalben. Doch bei bürgerlichen Verstaatlichungen, wie der neuen Einrichtung einer Badbank geht es nur um die Sozialisierung der Verluste, nicht der Gewinne. Ein Anführer der neuen Form von Verstaatlichung im 21. Jahrhundert ist der venezolanische Präsident Hugo Chavez, der durch den Einkauf zentraler Industrien schwelende Arbeiterkämpfe zu unterdrücken versucht und anstatt Unternehmer zu enteignen, horrende Summe an transnationale Unternehmen zahlt, während das Land und seine Arbeiter weiter von der Krise gebeutelt werden.

Wie wir in unserem Leitartikel darstellen ist es ist Zeit auf internationaler Ebene ein kämpferisches Aktionsprogramm aufzustellen um die Krise diejenigen, die sie verschulden, zahlen zu lassen.

So auch im Bildungssektor: während alle Parteien mit Wahlversprechen über eine Erhöhung des Bildungsetats um sich schmeißen wird Studierenden und Schülern immer mehr bewusst, wer und was an den Universitäten und Schulen im Kapitalismus gefördert wird: eine «exzellente Elite», die im Dienste der Bourgeoisie Wissen akkumuliert. Die Privatisierung des Bildungssektors wird auf europäischer Ebene durch den Bolognaprozess vorangetrieben und Kinder der Arbeiterklasse und Migranten bleibt der Zugang zu höherer Bildung systematisch verwehrt. Doch selbst diejenigen, die diesen Zugang erreichen, können nicht selbstbestimmt lehren und lernen. Deswegen rufen wir zusammen mit allen progressiven Kräften dazu auf, sich am Bildungstreik 2009 zu beteiligen und für eine freie Bildung auf die Strassen und in die Bildungs-

einrichtungen zu strömen. Diese Abwehr der Privatisierungsmaßnahmen formiert sich jedoch auch in anderen Ländern Europas und der Welt, wie beispielsweise in Brasilien, wo sich Studierende notwendigerweise mit dem Kampf der prekarierten Arbeiter der Universität von São Paulo solidarisierten und sich gemeinsam den harten Repressionen aussetzten. So ist es wichtig, sich auf internationaler Ebene zu vernetzen und zu solidarisieren, aber auch an den eigenen Universitäten die Augen für die Belange der Arbeiterklasse zu öffnen.

Harte Repressionsmaßnahmen erschüttern jedoch nicht nur ferne Länder wie Brasilien oder Venezuela: Die deutsche Bourgeoisie bewies Anfang Juni einmal mehr ihre fremdenfeindliche Politik der harten Hand gegenüber Asylbewerbern, als sie in einer Massenabschiebung 100 Vietnamesen aus dem Land verwies und Demonstranten festnahm. Gleichzeitig zieht die deutsche Bundeswehr weiterhin in Afghanistan und dem Nahen Osten in den Krieg, den sie heuchlerisch «humanitärer Einsatz» nennen. Die Militarisierung der Außenpolitik Deutschlands zielt darauf ab, mehr politischen und wirtschaftlichen Einfluss für Deutschland angesichts des wachsenden politischen und wirtschaftlichen Hegemonieverlusts der USA zu gewinnen. Doch auch der US-Präsident Obama schreitet in Sachen Kriegsführung weiter voran, indem er seinen «dritten Krieg» in Pakistan plant.

Die Militarisierung nach Innen und Außen, sowie die Ankurbelung der Ausbeutungsspirale auf ökonomischem und sozialem Niveau können nur ein Ende haben, wenn wir gerade in Zeiten der Krise für eine Umgruppierung innerhalb der Avantgarde der Arbeiterklasse und der Jugend eintreten.

Wir, Revolutionäre von der Trotzkiistischen Fraktion für den Wiederaufbau der Vierten Internationale, sehen somit heute mehr denn je die Notwendigkeit und die Möglichkeit für den Aufbau einer marxistisch-revolutionären internationalen Strömung, die mit einem klassenkämpferischen Programm Ansätze entwickeln kann, um die Massen auf die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten und zu begleiten.

Die Kapitalisten sollen für die Krise zahlen!

Von Mark Turm

Montag 08. Juni 2009

Die Wirtschaftskrise hat die deutsche Wirtschaft voll erfasst. Die Exportabhängigkeit Deutschlands wird zu einer Last riesigen Ausmaßes, welche die Kapitalisten nicht bereit sind

zu tragen. Heute schon zeichnet sich der Rettungsschirm für den maroden Bankensektor von 480 Mrd. als völlig unzureichend ab. Daher die Verhandlungen und Ankündigungen von der Errichtung einer Bad-Bank, d.h., einer Bank, die die faulen Wertpapiere der Privatbanken ankauft, eine Operation die von Steuergeldern finanziert wird. Anders gesagt, die Regierung sozialisiert die Verluste bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne. „Die Banken kriegen Schwimmwesten, damit sie über Wasser bleiben“, nennt der Finanzminister Steinbrück die staatliche Garantie von 500 Milliarden Euro Steuergeldern. Das alles „hat erst begonnen. Wir sind lange nicht durch. Vor uns liegt eine risikoreiche Zeit.“ Frank-Walter Steinmeier (Lob der Gier, Spiegel vom 12. Mai 2009).

Die Kapitalisten versuchen also die Last der Krise auf die Lohnabhängigen und Arbeitslosen abzuwälzen, denn die Auswirkungen der Krise sind enorm: Kreditverknappung, Produktivitätsrückgang um 6,2%, Rückgang der Exporte um bis zu 15% - der schlimmste Rückgang seit Bestehen der BRD -, Schrumpfung um 38% bei der Autoindustrie in den ersten fünf Monaten des Jahres, Drosselung der Produktion im Maschinenbau was zum Produktivitätsrückgang in manchen Produktionsbereichen von bis zu 60% wie in der Stahlindustrie zur Folge hatte.

Diese Situation verwandelte die „europäische Lokomotive“ – die Dank der Gegenreformen von rot-grün wieder in Fahrt kam- in einen Bremsklotz. Das BIP fiel auf 6,7% im Gegensatz zum Vorjahr, was dazu führte, dass alle europäischen Volkswirtschaften hinter die Deutschen fielen. Und die Zukunft für die subalternen Klassen sieht düster aus: Laut bürgerlicher Wirtschaftsforscher wird Deutschland „vor 2013 nicht mehr das

Wertschöpfungsniveau erreichen“, das 2008 geschafft wurde.

Wachsende Legitimationskrise der Vermittlungsmechanismen und der Wirtschaftsordnung ...

Sinkende Realeinkommen, Jobauslagerungen oder deren Drohung, führten verstärkt zur Unzufriedenheit, Besorgnis über eine schwarze Zukunft und zum Frust breiter Teile der Bevölkerung. Wie bürgerliche Analysten mit Besorgnis konstatieren, drängt sich die Verteilungsfrage aufs heftigste ins Zentrum der politischen Debatte. Das bereits in der Aufschwungsphase vorhandene Gefühl sozialer Ungerechtigkeit nimmt angesichts der sich zuspitzenden Krise zu. Anders als in früheren Jahren werden heute auch die Mittelschichten von Verarmung und Verelendung bedroht. Wie Statistiken zeigen, lauere für drei Viertel der Deutschen hinter den Crash-Nachrichten der tiefe Absturz. „57 Prozent sorgen sich um ihre wirtschaftliche Zukunft, 38 Prozent sehen sich schon jetzt von der Krise betroffen.“

Diese aktuellen Entwicklungen, nämlich die Risse innerhalb der verschiedenen Flügel des Kapitals, sowie innerhalb ihrer politischen Vertreter sind der Ausdruck einer sich rasant vertiefender Legitimationskrise der hoch gepriesenen „Sozialen Marktwirtschaft“, sogar des Kapitalismus: Dabei rüttelt die Krise auch am institutionellen Rahmen. Auch die bürgerliche Demokratie und ihre Vermittlungsmechanismen geraten in der Krise, gleichwohl etwas langsamer aber dennoch eindeutig, wie der Mitgliederchwund bei allen Parteien, angefangen bei der SPD oder auch bei den Gewerkschaften, eindrucksvoll zeigt.

Die Kapitalistenklasse und ihre Vertreter befinden sich also zunehmend in Schwierigkeiten, ihre Geschäfte reibungslos zu organisieren.

... und erste Risse im kapitalistischen Lager

Angesichts der Tiefe und Ausmaßes

der Krise breitet sich innerhalb des bürgerlichen Lagers allmählich Verunsicherung und Ratlosigkeit aus. Die Meinungen im kapitalistischem Lager pendeln zwischen Forderungen nach keynesianischen Maßnahmen wie etwa staatlichen Konjunkturprogrammen, bürgerlichen Verstaatlichungen wie im Falle der überschuldeten HRE und marktwirtschaftlich orthodoxen ökonomischen Vorstellungen wie dem Ruf nach einer Rückkehr zu den Prinzipien der freien Marktwirtschaft, also Privatisierungen, Steuersenkungen, Sozialabbau, restriktive Geldpolitik, Deregulierung der Märkte, usw. Diese Entwicklung schlägt sich in der parteipolitischen Landschaft nieder, wie die Entwicklung innerhalb der CDU zeigt und vom Spiegel konstatiert wird: „Die Marktradikalen des Wirtschaftsrates sehen andere Ursachen und Konsequenzen als die wertkonservativen oder die sozialreformerischen Kräfte in der Union. Die einen fühlen sich ertappt im neoliberalen Sturm und Drang, die anderen bestätigt im Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit.“ Kurzum, die Bourgeoisie hat noch kein schlüssiges und einheitliches Konzept um die Krise zu meistern.

Die Reibungen innerhalb der Kapitalistenklasse werden somit immer klarer und deutlicher: Jeder Kapitalist versucht sich heute vor der drohenden Katastrophe zu retten. Dafür liefern sich ein Wettrennen um staatliche Hilfen für ihre angeschlagenen Konzerne wie die Forderung der Gruppe Schaeffler/Conti, Opel oder Arcandor. Jeder Kapitalist sagt von sich, wie wichtig er und seine Tätigkeit für den „Standort Deutschland“ sei.

Dabei handelt es sich oft um Unternehmen, welche in den vergangenen Jahren satte Gewinne gemacht haben, und heute verlangen, dass die Reichtumsschaffenden, also die Lohnabhängigen, für sie gerade stehen, wie das Beispiel vom Insolvenzkandidaten Porsche eindrucksvoll zeigt, das die Staatsbank KfW um einen Kredit von 1,75 Milliarden Euro bat .

Was anfangs nur für den Bankensektor galt, d.h. die Vergabe von staatlichen Hilfen um den Zusammenbruch zu vermeiden, wollen nun auch andere Sektoren des Kapitals in Anspruch nehmen. Dabei ist die Unverschämtheit der Kapitalisten und bürgerlichen Politiker so groß, dass sie während sie staatliche Hilfen verlangen, im gleichen Zug Massenentlassungen ankündigen.

Die verschiedenen Sektoren des Kapitals wetteifern nun um die wenig vorhandenen Rettungsschirme. Im Kapitalismus, einem auf Konkurrenz und Ausbeutung basierenden Wirtschaftssystem, können nicht alle Kapitalisten gerettet werden. Dies bringt den einzelnen Kapitalisten jedoch nicht davon ab, vom seinem Staat die dringend notwendige Hilfe zum Überleben zu verlangen.

Daher ist auch das europäische Projekt ein reaktionäres und utopisches Projekt, denn die Interessen der verschiedenen Bourgeoisien nicht friedlich koordiniert werden können. Die Unstimmigkeiten bezüglich das Vorgehen in der aktuellen Wirtschaftskrise und den protektionistischen Kurs jede einzelne Wirtschaft spricht dafür.

Die entstehenden Risse und Unstimmigkeiten innerhalb der herrschenden Klasse spiegeln sich auch in das Fehlen eine klare politische Führung. Diese Führungsproblematik ist Ausdruck der Sorge der Bourgeoisie wie weiter nach

der Bundestagswahl vorzugehen sei. Dabei ergeben sich dem Kapital letztendlich nur zwei mögliche politische Konstellationen, die aber beide Nachteile mit sich bringen: Soll man eine „rechte“ Koalition aus CDU und FDP bevorzugen, die die Angriffe auf die Massen direkt und offen ausführt und die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Polarisierung in Kauf nimmt, oder, lieber doch auf eine Großkoalition aus CDU und SPD setzen, die die Angriffe langsamer aber dafür mit weniger sozialen Unruhen gestaltet?

Perspektiven und Aufgaben

Die derzeitige Wirtschaftskrise rüttelt an dem Mythos der Gutherzigkeit des „freien Marktes“, der als ideologischer Unterbau für die neoliberale Offensive diente. Jene Offensive, welche drei Jahrzehnte andauerte und zum Rückgang der Arbeiterbewegung führte. Auch der Glaube der Kapitalismus sei unbesiegbar geworden, ist heute stark angeschlagen.

Die Herrschenden werden weiterhin ihr Projekt vorantreiben, den sog. „Sozialstaat“ auf ein Minimum zu reduzieren, jedoch mit gedrosseltem Tempo.

Durch die Gegenreformen wie die Hartz-Gesetze oder die Agenda2010 hat die Bourgeoisie es bisher geschafft, die relative Produktivität der Arbeit zu erhöhen, sei es durch die Einfrierung der Löhne, die indirekte bzw. direkte Lohn-

senkung, Erhöhung des Rentenalters etc. Andererseits wird niemand sie vom Versuch abbringen, die Staatsausgaben im sozialen Bereich auf ein absolutes Minimum zu reduzieren um die Rendite der Kapitalisten indirekt zu erhöhen und gleich dazu eine Reservearmee Hungri-ger zu schaffen, um sie gegen das arbeitende Proletariats einzusetzen.

Das Resultat dieser Politik, die noch lange nicht abgeschlossen ist, lässt sich heute schon erkennen: ca. eine Millionen Menschen sind in der BRD auf Armenküchen angewiesen, vor allem alleinerziehende Frauen, Kinder, Jugendlichen und Migranten. Der Spiegel sagt es zutreffend: „Wer immer mit wem von Oktober an regiert, er wird eine kaputte Republik regieren: fünf Millionen Arbeitslose, Rekordschulden, Sozialabbau. Das Land ist dann da, wo es 2002 war.“ Also Zeit für einen „Neustart der sozialen Marktwirtschaft“ (Steinmeier im Berliner Tempodrom), oder auch sie zu „erneuern“ (Kanzlerin Merkel). Nach der Bundestagswahl kommt die Quittung für die Rettung der Bankiers und kriselnde Unternehmen, eine neue Agenda steht dann vor der Tür. Weitere Kürzungen im sozialen Bereich werden die Folge sein.

Nun drängt sich die Frage auf, wie die Ausgebeuteten und Unterdrückten vorzugehen haben. Die Unternehmen machen Verluste, viele sind von Insolvenz bedroht, die Auftragslage geht zu-



Es gibt Steuergelder nur für Banken und Bankiers

rück, usw. Dabei wird immer wieder behauptet, was gut für das Unternehmen ist, ist auch gut für den Arbeiter.. Aus der Gewerkschaftsbürokratie ist keine Antwort im Interesse der Arbeiter zu erwarten. Sie zeigen Verständnis angesichts der schweren Lage und verkünden „die Bereitschaft“ der Arbeiter zum Lohnverzicht. Dies wird dann als notwendiges Übel vorgegaukelt. Sie verlangen von den Arbeitern Geduld angesichts der schwierigen Lage ihrer Ausbeuter. Dies impliziert natürlich den Schulterschluss mit den Kapitalisten, in der Hoffnung die Zeiten werden irgendwie besser und dann geht es aufwärts. Die Gewerkschaftsbükratien verkaufen die Arbeiterkämpfe um sie dann als Siege auszugeben, wie beim Ausverkauf bei Mahle Alzenau, bei der die IG Metall sich auf ein für die Arbeiter schäbige Vereinbarung mit den Bossen einließ.

Für ihre beruhigende Aufgabe wurden die Gewerkschaftsbükratien und manche Sektoren der Arbeiteraristokratie mit kleinen Zugeständnissen belohnt: Die Verlängerung des Überbrückungsgeld von 18 auf 24 Monaten. Diese Maßnahme ermöglicht den Kapitalisten andererseits eine preiswerte Atempause sowie die Kosten einer schmerzhaften Auseinandersetzung zu verlagern. Mittel- und langfristig jedoch werden Unternehmen auf Kündigungen zugreifen. Heute befinden sich schon ca. 1,4 Millionen Arbeiter in Kurzarbeit. Die vor kurzem beschlossene Verlängerung des Überbrückungsgeldes ist also als Versuch die sich zur Zeit entstehenden Wogen zu glätten, als auch eine Hilfe an die Bourgeoisie, zu verstehen, damit diese nicht schon vor der Bundestagswahlen auf Entlassungen zurückgreifen (s. Art. S.7), denn das Überbrückungsgeld ist eigentlich ein Verdeckungsmechanismus, das das Problem der Arbeitslosigkeit nicht löst, sondern nur aufschiebt. Dadurch wird Konfusion und Passivität in den Arbeiterreihen gesät und so das wahre Ausmaß der Krise verdeckt; die

Arbeiter werden stufenweise aus den Betrieben entlassen. Während der Auszahlung des Kurzarbeitgeldes schließen die Arbeiter ihre Reihen nicht, sie bereiten sich nicht auf die kommenden Auseinandersetzungen vor, sie verfallen der vergiftenden Politik der Gewerkschaftsapparate.

Die Aufregung um die Warnungen von „sozialen Unruhen“ von führenden Gewerkschaftsvertretern deutet auf die wachsende Angst der Herrschenden hin, plötzlich einer sozialen Explosion historischen Ausmaßes gegenüber zu stehen. Jedoch wissen die Herrschenden, dass seitens der Gewerkschaftsbürokratie keine Gefahr zu erwarten ist, im Gegenteil. Was die herrschenden Fürchten ist eine Generalisierung von unangekündigten Streiks wie letztes Jahr bei den Lokomotivführern. Sie fürchten sich vor ein Zusammenkommen zwischen Sektoren der Avantgarde und die Masse der Arbeiterschaft, wie wir es bei der DGB Kundgebung am 1. Mai in Berlin beobachten konnten. Daher auch das rabiate Vorgehen der Ordner des Gewerkschaftsapparates gegen die linken Sektoren.

Seit bestehen der BRD hatte die Arbeiterklasse keine objektiv günstigere Bedingung gegen das Kapital vorzugehen als heute. Für sie geht es nicht um die Erneuerung des Kapitalismus, wie ihre gewerkschaftlichen Vertreter propagieren; es geht auch nicht darum dieses System der Ausbeutung und Entfremdung zu „vermenschlichen“.

Die Arbeiterklasse Deutschlands, wie in den übrigen Ländern, hat die Aufgabe sich neu zu formieren, den Ballast ihrer Führer abzuschütteln und alte Kampfformen neu wiederzubeleben: Unangekündigten Streiks, kämpferische Streikposten, wilde Streiks, Fabrik- und Unternehmensbesetzungen, Produktion unter Arbeiterkontrolle, Arbeiterdemokratie.

Die Zeit drängt: Die strategische Frage muss wieder aufgeworfen werden. Es ist Zeit ein kämpferisches Aktionsprogramm aufzustellen um die Krise diejenigen, die sie verschulden, zahlen zu lassen. Die Kapitalistenklasse, die herrschende Klasse, ruht sich niemals aus. Bald wird sie wieder den Frontalangriff starten.

An einem historischen Wendepunkt stehend hängt die Zukunft der Menschheit im nächsten historischen Zeitraum von der Antwort der Arbeiterklasse auf die Angriffe des Kapitals ab. Heute haben wir mehr denn je die Aufgabe, eine revolutionäre politische

Alternative aufzubauen, die in der Lage ist, die Massen für einen erbitterten Kampf ums Überleben vorzubereiten. Dies wird durch die Fusion der kämpferischen und ausopferungsvollen Jugend mit dem Proletariat geschehen, in der Synthese von revolutionärem Programm und unerbitterter Kampf geschehen.

Dies wird durch die Fusion der kämpferischen und aufopferungsvollen Jugend mit dem Proletariat

geschehen, in der Synthese von revolutionärem Programm und unerbitterter Kampf. Wir müssen eine Brücke zwischen der aufopferungsvollen Jugend und den fortschrittlichsten Sektoren der Arbeiterklasse schaffen (siehe Die Bourgeoisie soll für die Krise zahlen! aus Internationaler Klassenkampf Nr. 2). Eine Brücke aus Übergangsforderungen, die ausgehend von den derzeitigen Bedingungen und dem aktuellen Bewusstsein großer Teile der Arbeiterklasse, letztendlich zu ein und derselben Schlussfolgerung führt: Die Eroberung der Macht durch das Proletariat „mit dem Ziel der Enteignung der Bourgeoisie«(Trotzki, L.: Das Übergangsprogramm). So sieht die dringende und strategische Antwort aus, wenn wir Arbeiter nicht am Ende die Kosten der Krise und den Zerfall des kapitalistischen Systems zahlen wollen. Obwohl viele Arbeiter dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht so sehen, so können sie doch die Härte der Krise und ihre eigenen Erfahrungen im Klassenkampf zu dieser Schlussfolgerung führen. Dies ist die schwierige Aufgabe für uns und all jene, die für sich beanspruchen, Revolutionäre zu sein. Daher fordern wir:

Öffnung der Bücher und Abschaffung von Geschäftsgeheimnissen

Gleitende Skala der Löhne und Verteilung der Arbeitszeit zwischen allen zur Verfügung stehenden Kräften auf Kosten der Reichen und der Kapitalisten

Enteignung unter Arbeiterkontrolle aller Unternehmen, die Entlassungen vornehmen

Enteignung ohne Abfindungen der Privatbanken, Verstaatlichung des Kreditsystems und Vereinigung in einer Bank in Staatshand unter Arbeiterkontrolle

Enteignung aller Konzerne und der Produktion unter Arbeiterkontrolle



Nicht alle Unternehmen werden gerettet, die Verlierer stehen jedoch fest: die Lohnabhängige

„Betrug und Verrat“

von Antje Berlinger

Mittwoch 10. Juni 2009

Während die deutsche Bourgeoisie die Kosten der sich immer weiter verschärfenden Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Arbeiter ablädt, erwachen in den Arbeiterreihen Angst, Ungewissheit, Empörung und Wut angesichts der drohenden und bereits durchgesetzten Maßnahmen von Lohnkürzungen, Kurzarbeit, massiven Entlassungen und Werkschließungen vor allem im zentralen Bereich der deutschen Ökonomie: der Automobilindustrie. Die Gewerkschaftsbürokratien und ihr Apparat versuchen - unter dem anwachsenden Druck Ihrer Basis - den aufkommenden Widerstand so zu lenken und zu formen, dass eine letztendliche Radikalisierung und Generalisierung der Arbeiterkämpfe verhindert wird. Die Führungen von DGB, Verdi und Co offenbaren gerade in diesen Krisenzeiten den wahren Charakter von bürokratisierten Gewerkschaften, die im Dienste der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates handeln, um die Verschärfung des Klassenkampfes zu verhindern. So beschrieb bereits Trotzki 1938, dass Gewerkschaften „[...] als Organisationen der oberen Schichten des Proletariats, wie es die gesamte historische Erfahrung [...] bezeugt, mächtige Tendenzen zur Versöhnung mit dem demokratisch-bürgerlichen Regime entwickeln. In Perioden zugespitzter Klassenkämpfe bemühen sich die Gewerkschaften krampfhaft, der Massenbewegung Herr zu werden, um sie zu neutralisieren.“ (L.Trotzki: Das Übergangsprogramm, 1938)

Eine Bilanz der Mai-Demonstrationen

Die traditionellen Demonstrationen am ersten Mai verliefen weitestgehend in altbekannter folkloristischer Gelassenheit. Weder die Anzahl der Demonstranten noch die Losungen hielten das „Versprechen“ der DGB-Führung, dass „soziale Unruhen“ anständen. Deutlich jedoch wurde die anwachsende Kampfbereitschaft einiger linker Organisationen und der jugendlichen Avantgarde, die sowohl in der traditionellen De-

monstration in Berlin einen klassenkämpferischen Block formierten als auch sich in der revolutionären ersten Mai Demo gegen die Angriffe der Krisenverursacher - und verwalter wehrten. Bereits seit dem G8 Gipfel bis hin zu dem G 20-Treffen (organisiert vor allem von autonomen Organisationen) führen sie massive Proteste an. Neu jedoch im Krisenjahr waren die erschreckenden, massiven und seit Jahren nicht beobachteten Angriffe von Neonazis auf die Demonstrationen des ersten Mai an mehreren Orten, vor allem gegen die DGB-Demonstranten in Dortmund. Die Reaktion des DGBs reihte sich lediglich in bereits existierende parlamentarische Kampagnen ein, indem er sich für ein NPD Verbot aussprach. Gegen linke Aktivisten geht der DGB jedoch viel tatkräftiger vor; so gingen (nach DGB Angaben lamentiert, aber bestätigt) DGB-Ordner auf der für den 16. Mai im Rahmen des europäischen Aktionstages ausgerufenen Demonstration in Berlin gewaltsam gegen Informationsstände der SAV und anderer linker Gruppen vor.

„Wir machen Alarm - heute, morgen, überall in Europa und in Berlin“ - hieß es in dem Demonstrationsaufruf, dem immerhin 100.000 Arbeiter folgten. Damit sollte ein Ventil für Proteststimmungen an der Basis geöffnet werden. Die Mittel jedoch, die der DGB zur Behebung der Krise empfiehlt, reichen über das traditionelle bürgerliche Krisenmanagement nicht hinaus: Er fordert ein „erweitertes Konjunkturprogramm“, „Wachstum und Vollbeschäftigung“, die „strenge Regulierung der Finanzmärkte“, einen „starken Sozialstaat“, „mehr Mitbestimmung“ und „mehr Kaufkraft“.¹ Wie es der DGB-Vorsitzende Michael Sommer ausdrückt: eine „Marktwirtschaft als Alternative zum Casinokapitalismus“. So wird weder die Krise nachhaltig bekämpft, noch wird es dazu kommen, dass ihre Verursacher zur Verantwortung gezogen werden. In Zeiten sich verschärfender Klassengegensätze versucht die Gewerkschaftsführung, diese zu verwischen, indem sie sich Seite an Seite mit der SPD für einen

„Sozialpakt für Europa“ einsetzt. Hauptzielrichtung ist also nicht ein massiver Arbeiterprotest zur Durchsetzung eines klassengemäßen Anti-Krisenprogramms, sondern die Sozialpartnerschaftslogik durch die Stärkung des reformistischen politischen Lagers zu erneuern.

Die Politik der Gewerkschaftsführungen in den durch die Krise resultierenden Arbeiterkämpfen und ihre Mobilisierungstaktik in den Mai-Demonstrationen zeigt, dass es unumgänglich ist, den Widerstand gegen die kapitalistische Krise zu organisieren und den Arbeitern eine politische Perspektive gegen die kapitalistische Krise und ihre Folgen zu geben. Wenn der IG Metall-Vorsitzende Huber davon spricht, dass „möglichst wenige Arbeitsplätze“ verloren gehen dürfen, dann ist das kein Aufruf zur Gegenwehr, sondern zum Hinnehmen des Abladens der Krisenfolgen auf dem Rücken der Arbeiter.

So werden die hohlen Phrasen der „anstehenden sozialen Unruhen“ nur zu einem Element von Kooptierungstaktiken mehr, da die Gewerkschaftsführungen die aktuellen Streikwellen nicht zu koordinieren wissen (und dies auch nicht wollen). Sie verhindern damit die Vorbereitung von weitverbreiteten Streiks und streichen die perspektivische Möglichkeit eines Generalstreiks völlig von ihrer Agenda.

Schulterschluss zwischen DGB und SPD

Tatsächlich fügt sich die Demonstration vom 16.5. in das für dieses Jahr typische Mobilisierungsschema der Gewerkschaftsführungen. Mit den europaweiten Demonstrationen im Mai sollte vor allem in Hinblick auf die Europawahlen am 7. Juni Druck in Richtung Konjunkturpaket-Politik gemacht werden. Ebenso zielt die Kampagne „Gutes Leben“ der IG Metall mit ihrer Großdemonstration Anfang September in Frankfurt auf die Beeinflussung der Bundestagswahl.

Die Veranstaltung vom 16.5 in Berlin wurde von der Gewerkschaftsführung

zum Wahlkampf für die SPD genutzt. In den Reden wurden konsequent nur CDU und FDP kritisiert und Forderungen der Sozialdemokratie (wie Mindestlohn) propagiert. So rührten Sommer und Co. kräftig die Werbetrommel für die SPD, auf der Basis des von DGB-Bundesvorstand und SPD-Präsidium verabschiedeten gemeinsamen Positionspapiers „Für ein Europa des sozialen Fortschritts“². Mit sozialen Phrasen wird darin kaschiert, dass die SPD selbst die neoliberale EU-Politik zu großen Teilen zu verantworten hat.

Neben den bevorstehenden Wahlen ist es aber vor allem die dramatische Wirtschaftskrise, die die offensichtliche Annäherung von Gewerkschaften und der SPD möglich gemacht hat. Die SPD braucht die Gewerkschaften bei der Krisenbekämpfung, denn nur durch sie kann der soziale Friede erfolgreich garantiert werden. Die Gewerkschaften wiederum genießen ihre wieder gewachsene Bedeutung. Oppositionsparteien wie Die Linke schafften es bisher offensichtlich angesichts der Krise nicht, einen signifikanten Einfluss in den Gewerkschaftsbürokratien zu erreichen, die es vorziehen, sich trotz „neoliberaler“ Ausverkaufspolitik auf die Seite der Regierungspartei zu stellen. Ihr Einfluss auf die Regierungspolitik ist in den vergangenen Monaten enorm gewachsen. Die Abwrackprämie zum Beispiel geht auf einen Vorschlag der IG Metall zurück, die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes war eng mit Betriebsräten von Großunternehmen abgestimmt. Bei der Opelübernahme kam selbst Kanzlerin Merkel nicht am Betriebsrat des Autobauers vorbei, nachdem SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier schon vorher die Nähe zu der Vertretung gesucht hatte.

Die Rolle der Gewerkschaftsbürokratien in aktuellen Arbeiterkämpfen

Als die Arbeiter von Clairoux beschlossen, die Aktionen zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze über die französisch-deutsche Grenze hinaus zu tragen, und die Conti-Arbeiter im Werk Aachen zu gemeinsamen Solidaritätsaktionen aufriefen, mahnte Conti-Betriebsratschef Hickert seine Kollegen eindringlich zur Besonnenheit: „Krawalle würden uns nur schaden! Er habe den Franzosen die Demonstration auszureden versucht und sie auf deutsche Gepflogenheiten aufmerksam gemacht, sagte Hickert.“³ Aufgeschreckt von der befürchteten Ankunft der französischen Delegation wurde ein großes Kontingent deutscher Polizei zum „Schutz“ der Fabrik aufgeboten.

Auch der von den Medien einhellig als Rettung titulierte Einstieg Magnas bei Opel ist ein groß angelegtes Täuschungsmanöver. Die Bundesregierung, die IG Metall und die Betriebsräte bemühten sich, die Vereinbarungen mit General Motors, Magna und der russischen Staatsbank Sberbank als Erfolg darzustellen, obwohl 11.000 Arbeitsplätze abgebaut, drastische Lohnkürzungen durchgeführt und mehrere europäische GM-Standorte stillgelegt werden sollen.

Auch die Belegschaft eines der wichtigsten Automobilzulieferer Deutschlands Mahle-Alzenau wehrte sich gegen Entlassungen und Produktionsverlagerungen und versuchte sich der endgültigen Schließung zu widersetzen. Entscheidend für die Niederlage dieses Arbeiterkampfes war wieder die Führung der IG Metall, welche sich auf einen für die Arbeiter faulen Kompromiss einließ.⁴

Weiterhin beschloss der Aufsichts-

rat von ThyssenKrupp den radikalsten Konzernumbau seit der Fusion von Thyssen und Krupp vor zehn Jahren. Die so genannten Arbeitnehmervertreter, das heißt, die Funktionäre der IG Metall und des Betriebsrats, stimmten der Umstrukturierung zu. Mit dieser Entscheidung übernahmen die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre eine Schlüsselrolle, um die Angriffe auf die Beschäftigten in Form von Arbeitsplatzabbau, Lohnsenkung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Nach internen Informationen aus dem Konzern werden mehr als 3000 Arbeitsplätze gestrichen, es können aber viel mehr werden, sollte es bei anhaltender Krise auch zu absehbaren Werksschließungen kommen.

Auch im öffentlichen Dienst in Berlin zeigte sich bereits im letzten Jahr die Ausverkaufspolitik der Gewerkschaftsführungen von Verdi: Die zehnprozentigen Einkommenskürzungen durch den Anwendungstarifvertrag und der Abbau von über 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst, die 3.000 Stellenstreichungen und zehn Prozent Lohnsenkungen bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), der Ausbau des Niedriglohnssektors mit 34.000 Ein-Euro-Jobbern, die massiven Gehalts- und Stellenkürzungen bei den Krankenhäusern oder die drastische Erhöhung der Gebühren und des Personalschlüssels bei Horten und Kitas sind nur einige der Angriffe der rot-roten Regierungspolitik, die Hand in Hand mit Verdi gegen den Widerstand der Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder durchgesetzt wurden. Kaum verwunderlich ist dieser Schulterchluss zwischen Gewerkschaft und Senat, da fast der gesamte Funktionsapparat von Verdi aus Mitgliedern der Senatsparteien - SPD und der Linken - besteht.

Diese beispielhaft beschriebene Politik der Gewerkschaftsführungen ist ein Garant für eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterklasse. Die Antwort darauf liegt aber nicht darin, sich sektiererisch von den Gewerkschaften fernzuhalten. Die Tatsache, dass die Gewerkschaften Mobilisierungen wie am 16.5 in Berlin durchführen mussten, zeigt, dass der Druck in den Betrieben und der Gewerkschaftsbasis zunimmt, aber auch, dass die jetzigen Gewerkschaftsapparate das nötige Mobilisierungspotential haben. Dass der DBG angesichts der Krise nicht auf die Kraft seiner Mitglieder vertraut, sondern auf den Staatsapparat, offenbart nur wieder einmal, dass sich die Gewerkschaftsbürokratie in Zeiten umfassender Krisen als eine der überzeugtesten Stützen des herrschenden Systems erweist. Das wird unweigerlich zu



Die Nähe zwischen Steinmeier und Sommer, also SPD und Gewerkschaften, ist schädlich für die Arbeiterklasse

Spannungen innerhalb der Gewerkschaften führen, denn viele Teile der Gewerkschaftsbasis sind durchaus kritischer als ihre Führungen.

Diese Konflikte, diese Risse zwischen Führung und Basis, lassen sich in aktuellen Arbeiterkämpfen erkennen: So wurde beispielsweise (siehe Infokasten) der Druck der IG-Metallbasis in Mahle-Alzenau so groß und mit radikalisierten Methoden des Arbeiterkampfes ausgeübt, dass ihre Führung sogar mit polizeilicher Repression gegen ihre eigenen Mitglieder drohte. Diese kritische Basis bildet den Ausgangspunkt für eine organisierte klassenkämpferische Opposition innerhalb der Gewerkschaften. Diese Kampfbereitschaft muss in den kommenden betrieblichen Auseinandersetzungen gegen Entlassungen und Betriebsschließungen gesteigert werden.

Für den Aufbau von demokratischen, kämpferischen Gewerkschaften

Der Kampf für die politische Unabhängigkeit des Proletariats erfordert nun zunächst die Enttarnung der verbrecherischen Politik der Bürokraten des DGB, der IG Metall, Verdi, GEW, usw., die nichts anderes tun, als den Kapitalismus durch ihre unselige Sozialpartnerschaftspolitik zu stützen. Sie schwingen Reden über die Stärkung des „Standort Deutschland“ und die Neubelebung der Wirtschaft sowie des Koorporativismus, kurz gesagt, propagieren die Versöhnung mit dem bürgerlich demokratischen Regime und atomisieren die Arbeiterklasse nach Produktionssparten.

Es notwendig, von den Gewerkschaften einen Bruch mit ihrer Unterordnung unter die kapitalistische Politik zu fordern, um ein unabhängiges Arbeiterprogramm aufzustellen, das die Einheit in den Arbeiterreihen sicherstellt und Beschäftigte und Arbeitslose, Arbeiter mit und ohne Vertrag sowie Leiharbeiter verbindet. Gerade in den imperialistischen Ländern müssen wir uns auch der Verteidigung der Migranten annehmen, die die ersten sind, auf deren Rücken die Krise ausgetragen wird. Wir Revolutionäre intervenieren in den Gewerkschaften und treten für eine kämpferische Gewerkschaftsführung mit Klassencharakter ein. Doch die Gewerkschaften, von pro-unternehmerischen Bürokratien geführt und durch den Staat kooptiert, organisieren nur einen Teil der Arbeiterklasse (meist der höheren Schichten), während die überwiegende Mehrheit in keinsten Weise organisiert ist.⁵ Dies vertieft die Spaltungen innerhalb der Arbeiterreihen. Daher richtet sich die

Tätigkeit der Revolutionäre in den Fabriken und Unternehmen auf eine Stärkung der Organisationen, wie z.B. Streikkomitees, Ausschüsse oder Fabrikkomitees innerhalb der Fabriken, die alle Sektoren der Arbeiter bündeln. Betriebsräte, die von allen Fabrikarbeitern gewählt werden, sind wirklich demokratische Organisationen, und indem sie alle Arbeiter des Betriebs oder der Einrichtung vertreten, bilden sie ein „Gegengewicht“ oder eine Art „Gegenmacht“ zur Macht der Organisationen der Kapitalisten.⁶ Dies wäre ein Schritt zur Arbeiterdemokratie, in der stetig abwählbare und absetzbare Arbeitervertreter in transparenten Versammlungen und ohne mehr als ihre Genossen zu verdienen ein auf Räten basierendes Gesellschaftssystem umsetzen würden.

Die internationale Geschichte der Arbeiterbewegung hat immer wieder konkrete Ansätze in dieser Richtung hervorgebracht. In Argentinien beispielsweise konnten die Arbeiter der Kachelfabrik Zanon durch einen andauernden Kampf ihrer Fabrikkomitees die selbstverwaltete Produktion unter Arbeiterkontrolle garantieren (s.Art. S.21). Doch auch in Deutschland hat die Arbeiterklasse neue Formen der Produktion experimentieren können, wie beispielsweise in der Fahrradfabrik „StrikeBikes“ Thürigens, die einige Wochen ihren Betrieb unter

Arbeiterkontrolle führte.

Dies ist eine Möglichkeit, den Abwehrkampf auf betrieblicher Ebene voranzutreiben. Den Widerstand gegen die Angriffe der Bourgeoisie weiterzuentwickeln und zu bündeln, hängt jedoch im Wesentlichen auch davon ab, eine Alternative gegen die Sozialpartnerschaftslogik der Gewerkschaftsbürokraten sowie gegen die Reformisten auch auf gesellschaftlicher und politischer Ebene aufzubauen. Eine solche Umgruppierung kann nur durch Sammlung der klassenkämpferischen und politisch bewussten, fortgeschrittenen Avantgarde der Arbeiterklasse und der Jugend mit einem revolutionären Programm und einer revolutionären Organisation vorangetrieben werden.

Fußnoten

¹ Vgl.: Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbund und des DGBs: http://www.dgb.de/2009/16_mai/index_html/

² Nachzulesen unter: http://www.dgb.de/2009/europawahl/index_html

³ Aachener Zeitung: 5.5.2009

⁴ Siehe Infokasten S. „Exemplarischer Ausverkauf bei Mahle-Alzenau“

⁵ Nur etwa 23% der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland sind gewerkschaftlich organisiert.

⁶ Vgl.: „Krise des Kapitalismus und Perspektiven für Revolutionäre. Erklärung der Trotzkiistischen Fraktion für den Wiederaufbau der Vierten Internationale“ (IK Sonderheft 2, Dez. 2008)

Exemplarischer Ausverkauf bei Mahle-Alzenau

Das Werk Mahle-Alzenau beschäftigt 410 Mitarbeiter, die Kolben für Pkw-Diesel- und Ottomotoren beschichten und bearbeiten. Aufgrund der sich verschärfenden Krise im Automobilsektor und der seit Jahren angeblich negativen Betriebsergebnisse hatte die Geschäftsführung des Mahle Konzerns im März 2009 einen Plan erarbeitet, die Produktion am Standort in Alzenau einzustellen und den Standort zu schließen. In Anbetracht ihrer bevorstehenden Arbeitslosigkeit organisierten die Alzenauer Arbeiter wilde Streiks und teilweise Werkbesetzungen, um sich gegen die Werksschließung zu wehren. Sie mobilisierten in der Region und konnten eine 3000-personenstarke Demonstration organisieren. Auch international solidarisierten sich Arbeiter, wie in dem Mahle-Tochterwerk in Argentinien. Die IG-Metall-Führung rief jedoch zur Ruhe auf und lenkte den stark öffentlichen Arbeiterprotest in die internen Verhandlungsmechanismen um. Sie bildete eine Verhandlungskommission aus Betriebsratsvorsitzenden und IG-Metallchef, die unter dem durch die Arbeiterproteste initiierten Handlungsdruck eine sogenannte „Rettung“ des Werkes kundgab. Diese sah vor, die Entscheidung über die Werksschließung lediglich um zwei Jahre zu verschieben, während alle Beschäftigten bis dahin Kurzarbeit leisten müssen. Die Arbeiter vertrauten nicht auf diesen Deal und bestreikten das Werk, setzten die Produktion aus, um in einer Betriebsversammlung für eine Besetzung der Fabrik zu stimmen und den Führungen den Kampf anzusagen. Daraufhin holte sich die lokale IG-Metallführung den Vorsitzenden Bayerns zur Hilfe, der den Arbeitern mit Entlassungen aufgrund ihrer „illegalen“ Streiks und einem massiven Polizeieinsatz drohte. Die Angst und Verwirrung unter den Arbeitern nutzte die Gewerkschaftsführung letztendlich aus, um die Betriebsversammlungen zu beenden und in gewohnten untransparenten, korrupten Kreisen das Kurzarbeitsprogramm umzusetzen.

Aufruf der Trozktistischen Fraktion und unabhängigen Studierenden

Wir zahlen nicht für Eure Krise - Auf zum Bildungstreik 2009!

12. Juni 2009

Während deutsche und europäische Banken durch Milliardenpakete gerettet werden, wird im Bildungswesen weiterhin stetig gekürzt. Stattdessen soll durch Studiengebühren und die Privatisierung des Sektors Bildung nur für eine „exzellente“ Elite zugänglich sein. Aber nicht nur in unseren Universitäten und Schulen wird gekürzt: Die Weltwirtschaftskrise wird vor allem auch auf dem Rücken der ArbeiterInnen ausgetragen, die in vielen Betrieben Deutschlands und der Welt von Kurzarbeit und Entlassung bedroht sind.

Diese sich immer weiter verschärfende Ausbeutungsspirale zeigt sich in den Angriffen auf Studierende, die sich nicht nur der Einführung von Studiengebühren, sondern auch der Restrukturierung der Studiengänge und der Anpassung an die Erfordernisse der Wirtschaft ausgesetzt sehen.

Privatisierungswellen: Die Rolle der Bourgeoisie im Bildungssystem

Im deutschen Bildungssystem haben Kinder von Reichen und AkademikerInnen große Vorteile, während Jugendliche aus Arbeiter- und Migrantenfamilien kaum die Chance haben, auf Hochschulen zu gelangen. Doch selbst diejenigen, die studieren können, unterliegen immer weiter anwachsenden Zwängen, indem durch internationale Abkommen, wie dem Bolognaprozess,

das Bildungssystem nach kapitalistischen Interessen organisiert wird.

Das „Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (*GATS, General Agreement on Trade in Services*), ein Vertragswerk der „Welt-

die Neuverhandlung des *GATS*. Neben dem grenzüberschreitenden liberalisierten Handel mit Dienstleistungen im privaten Bereich geht es nun auch um die Einbeziehung von bisher vorwiegend staatlich geleisteten Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung.

Mit dem Prinzip der „Marktöffnung“ wird dafür Sorge getragen, dass BildungsanbieterInnen unbeschränkt Dienstleistungen auf den Markt bringen und Tochterunternehmen oder Filialen in anderen Ländern gründen können. Dabei werden alle Unternehmen, inländische wie ausländische, gleichgestellt, so dass staatliche Zuschüsse nur noch dann möglich sind, wenn sie alle AnbieterInnen bekommen, egal ob transnationaler Bildungskonzern oder Dorfschule. Bildungseinrichtungen, die nicht auf Profit ausgelegt sind, wird es dann kaum noch geben, während profitorientierte nur ihrem eigenen Kapital gegenüber verpflichtet sind, nicht etwa sozialen Standards.

Dies führt unweigerlich zur sozialen Auslese im Bildungsbereich, d.h. schlechtere und geringere

Bildung für Kinder aus Arbeiter- und Migrantenfamilien und Elitenförderung für Minderheiten.

Im Bereich des Schulwesens ist diese Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten. Anders sieht es jedoch beim seit 20 Jahren strukturell unterfinanzierten



Bildungsblockaden einreißen!

handelsorganisation“ (*WTO, World Trade Organization*), soll den Handel mit Dienstleistungen weltweit liberalisieren und handelsbehindernde Regulierungen abbauen. Der Abbau dieser Regulierungen geht jedoch mit dem Verlust sozialer Sicherungen einher. Im Jahr 2000 begann

Hochschulsystem aus, das die Mehrheit der Studierenden mit billigen Kurzstudiengängen („Bachelor“) abzuspeisen gedenkt. Seit etwa Mitte der 1980er Jahre erhalten die deutschen Hochschulen bei ständig wachsenden Studierendenzahlen finanzielle Zuwächse nur noch selektiv für ausgewählte Bereiche der Forschungsförderung (sog. „Drittmittel“), die nur einem Bruchteil der ca.

350 Hochschulen zugute kommen. Finanzierung für Studium und Lehre wurde im Wesentlichen eingefroren.

Hier knüpft die Idee einer Elite an, die mit der Förderung einer Minderheit ihre eigenen Voraussetzungen schafft.

Die Zeichen der Zeit erkannte das Bertelsmann-Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), das sich als „unabhängiges“ Kompetenzzentrum und „Denkhilfe für PolitikerInnen“ versteht.

Jedoch gilt es dessen Unabhängigkeit auf Grund gezielter Verknüpfungen zwischen Wirtschaft und Politik zu bezweifeln. Bertelsmann hat erkannt: bei der Privatisierung des Hochschulwesens handelt es sich nicht nur um bloßes Marktpotential, sondern um direkte Einflussnahme auf die Köpfe lebender Menschen. Privatisierungen folgen dabei oft demselben Schema. Durch Sparzwang und „knappe“ Finanzen wird eine Situation heraufbeschworen, die eine Kritik des Bestehenden zur Folge hat. Diese Kritik wird von externen „unabhängigen“ ExpertInnen, mittels Leistungsvergleichen und Rankings, gefällt. Zur „Rettung“ der Lage werden „Verschlankungen“ und Bürokratieabbau bei gleichzeitiger Stärkung der Leitungsebene beworben und durchgeführt. Die nötige Medienkampagne wird bei Bertelsmann vom hauseigenen Apparat initiiert (der Gruner + Jahr Zeitschriftenverlag und die RTL-Group gehören zum Bertelsmann-Konzern). Es erfolgen Modularisierungen, Zuständigkeitverlagerungen und am Ende eine Kette von Privatisierungen. Auf diese Art und Weise wird das Zwei-Klassen-Hochschulsystem vorangetrieben und

gefestigt.

Die Uni als Mikrokosmos der bürgerlichen Demokratie

Durch die Privatisierungswellen offenbart sich die eigentliche Funktion der Universität im Kapitalismus: Sie ist ein Ort der gesellschaftlichen Wissensakkumulation, genauso wie Betriebe ein Ort der Akkumulation gesellschaftlichen Reichtums sind. Diesen Reichtum jedoch, sowohl auf Produktionsebene als auch auf Wissensebene, halten nicht diejenigen inne, die ihn generiert haben, sondern eine verschwindend kleine Anzahl von Kapitalisten, die der Masse der ArbeiterInnen oder Studierenden gegenübersteht. Dies bedeutet, dass was und wie an der U n i -

versität gelehrt und gelernt wird weder den Interessen der Studierenden entspricht, noch im Interesse derjenigen, die unsere Gesellschaft aufrechterhalten, nämlich der Arbeiterklasse, eingesetzt wird. Vielmehr ist die Universität immer mehr eine „Kaderschmiede“ der Bourgeoisie.

Auch das Studierendenparlament funktioniert nach dem Muster der bürgerlichen Demokratie: Wir wählen „VertreterInnen“, die nach Lust und Laune regieren und erst nach einem oder mehreren Jahren wieder abgewählt werden können. Letztendlich hat das Parlament wenig Einfluss, die eigentlichen Entscheidungen der Universitätspolitik werden hinter den Kulissen getroffen, von staatlichen Bürokratien und (wie oben beschrieben) privaten Firmen. Somit wird das Studierendenparlament zu einer Art Verwalter der bürgerlichen Interessen an der Hochschule, ähnlich wie das Bundesparlament für die Gesamtgesellschaft.

Auch der Überwachungswahn der Herrschenden in dieser Gesellschaft als ein Ausdruck vieler Repressionsmechanismen wird täglich größer. Diese gesellschaftliche Tendenz zeigt sich auch an unseren Universitäten: Teilnehmerlisten und Campus Management Systeme sind nicht nur

Instrumente zur „besseren Planung“ des Studiums, sondern vor allem Werkzeuge zur ständigen Überwachung der Studierenden. Freies und kritisches Lernen und Forschen wird dadurch immer schwieriger.

Nur wir Studierende selbst können am besten wissen, was und wie studiert werden soll. Dies ist ähnlich in den Arbeiterreihen: wer sollte besser wissen, was wie produziert werden kann und muss als diejenigen, die alltäglich ihre Arbeitskraft an den Produktionsmitteln verkaufen?

Selbstbestimmtes Lernen und selbstbestimmtes Produzieren wären die einzige Möglichkeit, unsere Gesellschaft wirklich nach unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen aufzubauen.



Abwehrkämpfe der Studierenden

Für diese Selbstbestimmung im Bildungsbereich, gegen den Bologna-Prozess und die beschriebene zunehmende Privatisierung haben sich überall in Europa wichtige Studentenproteste entwickelt. Auch in Deutschland konnte der Kampf gegen Studiengebühren einige Teilerfolge vorweisen und hat sich teilweise radikalisiert. Heute gilt es dort anzuknüpfen und im bundesweiten Bildungsstreik für folgende Forderungen einzustehen:

· **SELBSTBESTIMMTES LERNEN UND LEBEN STATT STARREM ZEITRAHMEN, LEISTUNGSDRUCK UND KONKURRENZDRUCK!**

· **FREIER BILDUNGSZUGANG UND ABSCHAFFUNG VON SÄMTLICHEN BILDUNGS- UND STUDIENGEBÜHREN WIE STUDIENGEBÜHREN, AUSBILDUNGS- UND KITA-GEBÜHREN!**

· **ÖFFENTLICHE FINANZIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS OHNE EINFLUSSNAHME DER WIRTSCHAFT UNTER ANDEREM AUF LEHRINHALTE, STUDIENSTRUKTUREN UND STELLENVERGABE!**

· **DEMOKRATISIERUNG UND STÄRKUNG DER MIT- UND SELBSTVERWALTUNG IN ALLEN BILDUNGSEINRICHTUNGEN!**

Die weltweite Krise des Kapitalismus und die damit einhergehenden Kürzungswellen sowohl im Bildungsbereich als auch für die Arbeiterklasse machen einen starken Abwehrkampf gegen die Krisenverursacher notwendig, und da Studierende alleine wenig wirtschaftlichen Druck erzeugen können, ist der Zusammenhalt zwischen Studierenden und der Arbeiterbewegung sehr wichtig. Wir brauchen gemeinsame Proteste mit SchülerInnen, ArbeiterInnen und MigrantInnen, um mit gebündelter Kraft gegen die Angriffe der Kapitalisten vorzugehen.

Die Klassenantwort: Streik, Besetzung, Selbstverwaltung

Wir dürfen jedoch nicht der Illusion verfallen, dass durch Verbesserungen im Bildungssystem, die Abschaffung von Studiengebühren oder vereinzelt Erfolge das Ziel bereits erreicht sei. Auch „wohlwollendere“ Regierungen oder Oppositionsparteien wie Die Linke können in diesen Krisenzeiten ihre leeren Versprechungen über eine sozialere Gesellschaft nicht einhalten und werden letztendlich (wie die Landesregierung in Berlin zeigt) uns keine wahrhafte Pers-

pektive aufzeigen können, da sie am System des Kapitalismus festhalten.

Und in diesem System können wir nur einzelne Verbesserungen erkämpfen, welche jedoch immer nur von kurzer Dauer sein werden. Um uns gegen die Bildungsmisere zu wehren, müssen wir unsere Universitäten besetzen, uns in Selbstverwaltungsorganen organisieren und ein eigenes Bildungsprogramm entwickeln. Genauso könnten ArbeiterInnen, die von Entlassungen oder Lohnkürzungen bedroht sind, ihren Betrieb besetzen und die Produktion unter Eigenkontrolle weiterführen. Dies wäre die notwendige Klassenantwort, um einen wichtigen Schritt dahin zu gehen, wirklich nach unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen zu lernen, zu produzieren und zu leben.

Wir als Studierende müssen uns also dafür einsetzen, dass die Universität im Dienste derjenigen Klasse steht, die den gesellschaftlichen Reichtum generiert und uns somit den Protesten der Arbeiterbewegung anschließen, sie unterstützen, vorantreiben und radikalisieren.

WIR ZÄHLEN NICHT FÜR EURE KRISE!

FÜR EINE FREIE BILDUNG IM DIENSTE DER ARBEITERKLASSE!



Für die Rüstungsindustrie gibt es bestimmt eine Zukunft. (Foto: Bildungsstreik 2008)

Eine erste Bilanz der Europawahlen

Von **Ciro Tappeste**
11. Juni 2009

Die Analysten sind sich darüber einig, dass sowohl das Debakel der USA in Afghanistan und dem Irak als auch die Wirtschaftskrise den Wahlerfolg Obamas in den letzten Präsidentschaftswahlen der USA positiv beeinflussten. Auffällig ist, dass dieselbe Wirtschaftskrise in den letzten Europawahlen eine andere Wirkung zeigte: einen rekordverdächtigen Anteil von Wahlenthaltungen und einen Wahlsieg von Varianten, sei es der traditionell rechten Parteien oder gar einiger extrem-rechter, fremdenfeindlicher Parteien.

Wahlen zeigen immer ein hochgradig verzerrtes Bild der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse eines gegebenen Moments. Daher auch die notwendige Zurückhaltung für eine erste Bilanz der Wahlergebnisse. Diese ist vor allem in Bezug auf die außerordentlichen Wahlenthaltungen in mehreren Ländern notwendig. Wir werden trotzdem versuchen, einige erste Rückschlüsse aus den Wahlen zu ziehen, da sie teilweise das politische Panorama Europas erkennen lassen, nachdem wichtige soziale Mobilisierungswellen den alten Kontinent in den letzten Monaten erschütterten und die Wirtschaftskrise sich weiter vertieft.

Die Rechten profitieren von der Wahlenthaltung

Im Rahmen einer Wahlenthaltung auf derart hohem Niveau sind es die Rechten, die gestärkt aus dem Rückgang (und in einigen Fällen Zusammenbruch) der sozialdemokratischen und Mitte-Links Kräfte hervorgehen. Abgesehen von Schweden und Griechenland, wo die Sozialdemokraten gute Ergebnisse gegenüber den Mitte-Rechts-Regierungen verzeichnen konnten, wurden die Kräfte der linken Mitte in allen anderen Ländern hart bestraft. Die an der Macht sich befindenden konservativen Kräfte konnten so die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinen.

In Portugal, dem spanischen Staat und Großbritannien (Länder, die von Varianten der Sozialdemokratie regiert werden) konnten die Konservativen die so-

zialdemokratischen Parteien bequem überholen. Die Mitte-Rechts-Parteien Frankreichs und Italiens verbannten trotz der reaktionären und arbeiterfeindlichen Politik Sarkozys und Berlusconi die Mitte-Links-Opposition auf den zweiten Platz.¹

Die zentrale Aufgabe beruht nun darin zu analysieren, warum dieser Wahlsieg der Rechten möglich wurde, obwohl sich in einigen Ländern wie Frankreich wichtige soziale Kämpfe entwickelt haben. Wenn sich auch in einigen Ländern wie Irland, Island oder dem Baltikum eine erste Antwort der Massen auf die Wirtschaftskrise zeigte – die sogar bis hin zum Regierungssturz führte – so blieb diese Antwort doch hinter dem zurück, was diese Situation wirklich erfordert, damit (wie die europäische Avantgarde auf Demonstrationen und in Streiks verlauten ließ) die „Kapitalisten für die Krise zahlen“. Einerseits zeigt dies, dass der Rückgang der sozialdemokratischen Parteien sich nicht in einem bedeutenderen Wahlsieg von linken Organisationen als der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ausdrücken konnte. Andererseits veranschaulicht dies auch, warum im Verlaufe der letzten Monate und angesichts der Vertiefung der Krise im Sinne von Entlassungen und Angriffen auf Arbeits- und Lebensbedingungen Gebilde der extremen Rechten auf Besorgnis erregende Art und Weise erstarken konnten, die mit ihren populistischen und fremdenfeindlichen Diskursen eine nationalistische und protektionistische Lösung für die aktuelle Rezession vorgeben.

Krise des europäischen sozialdemokratischen Projekts

Die europäische Rechte schaffte es, sich durch einen ideologischen Umschwung, der einige durch die Krise und Entlassungen bedrohte populäre Sektoren tief traf, an den Wahlurnen zu behaupten. Nach mehr als zwei Jahrzehnten des Lobgesangs auf Wirtschaftsliberalismus, änderten die Führungen der Rechten nun radikal ihren Diskurs, indem sie das „angelsächsische Modell des wil-

den Kapitalismus“ kritisierten und eine neue Etappe staatlichen Interventionismus einleiteten, die angeblich „das Nationale“ gegenüber der globalen Krise verteidigen sollte. Dieser protektionistische und interventionistische Diskurs, der durchaus Reibungen innerhalb der EU-Staaten hervorruft, erlangte eine gewisse Wirkung in Teilen der subalternen Klassen. Die Sozialdemokratie hingegen, die sich seit zwei Jahrzehnten der neoliberalen Politik anpasst und auf europäischer Ebene die Brüsseler Kommission unter Leitung des rechten Barroso unterstützt, tat genau das Gegenteil. Dies bekennt auch Giuliano Amato, italienischer Ex-Premierminister der linken Mitte und Innenminister der zweiten Amtszeit Prodis: „Die Transformation des 20. Jahrhunderts führte von der Krise des Sozialstaates zur Liberalisierung der Wirtschaft und diese Marktöffnung ging mit einer gezielten Modernisierung der linken Mitte einher (...) Doch dann schien es, als ob eben diese linke Mitte durch spätere Entwicklungen bestraft wurde, die Maßnahmen zum Schutze der Ökonomie und Gesellschaft wieder notwendig machten. So reicht es, schon an die Wirtschafts- und Finanzkrise zu denken, die nach den Lobesgesängen auf den Wirtschaftsliberalismus und Enthaltung des Staates eine Kehrtwende zum Verlangen staatlicher Eingriffe auslöste (...) Die Rechte hatte in diesen Fragen kein Problem, das „laissez-faire“ zurück zu lassen und sich dem Staatsinterventionismus zuzuwenden (...) Die linke Mitte tat nicht das gleiche und blieb in Bezug auf soziale Fragen von ihren ungelösten Konflikten durchdrungen.“ (Il Sole 24 Ore, 8/6)

Wahlenthaltungsrekord

Die Wahlenthaltung, üblicherweise recht hoch bei Europawahlen, hat sich noch verstärkt. Nur 43,3% der Wahlberechtigten stimmten ab. Das Auffälligste dabei ist, dass gerade in Ländern, die noch bis vor kurzem die größten EU-Befürworter waren, die Enthaltung stark anstieg. Dies lässt sich am spanischen Staat erkennen: in dem Land mit der höchsten Wahlbeteiligung gingen nur

45,8% an die Wahlurne. Oder auch in Griechenland, wo trotz der Wahlpflicht nur 45% (im Vergleich zu 63,2% im Jahr 2004) abstimmten. Diese Enthaltung spiegelt vor allem eine unter den Europäern anwachsende Konsens- und Vertrauenskrise gegenüber den Institutionen der EU wider.

Noch bis vor kurzem präsentierte die europäisierte Bourgeoisie die Union als Lösung gegen Krisen und Kriege, die den alten Kontinent vor allem in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts so sehr zerrissen haben. Dieser Diskurs bricht nun auseinander, wie es teilweise auch schon die französische und holländische Abwehr gegen den europäischen Verfassungsvertrag im Mai 2004 und vorher das irländische „Nein“ zum Lissabon-Abkommen zeigten.

Vormarsch des Rechtsextremismus

Das Misstrauen (wie die Wahlenthaltung) stellt jedoch nicht unbedingt eine „linke“ oder zumindest „progressive“ Antwort dar. Dies verdeutlichte uns das besorgniserregend gute Ergebnis der extremen Rechten. Ein weiterer Beleg dafür ist auch die Tatsache, dass Kräfte links der SPE nicht in der Lage waren, die in den letzten sozialen Kämpfen zum Ausdruck gekommene soziale und politische Wut kanalisieren zu können.

Die europäische extreme Rechte umfasst ein weites politisches Spektrum rassistischer und fremdenfeindlicher Kräf-

te; angefangen von der italienischen Liga Nord oder Sektoren der Alleanza Nazionale –zur Zeit Teil der neuen Partei von Berlusconi's Popolo della Libertà (kurz *PDL*, deutsch: Volk der Freiheit) – bis hin zu der „extremistischen“ ungarischen Jobbik-Partei. Letztere bekam ca. 14,8% der Stimmen, etwas weniger als die Sozialisten der Ungarischen Sozialistischen Partei (*MSZP*) vom Premier Gyurcsány. (18,2%). Das Wahlkampf motto war gegen die „Kriminalität der Zigeuner“ gerichtet. Darüber hinaus riefen sie die Notwendigkeit des Kampfes für ein „Groß-Ungarn“ und die Aberkennung der Verträge aus, die zur Auflösung des alten österreichisch-ungarischen Imperiums nach dem Ersten Weltkrieg führten.

Die für den Auftrieb der Rechten verantwortlichen Faktoren sind einerseits das Ausbleiben einer schlagkräftigen Antwort der Arbeiterklasse und der Unterdrückten auf die Auswirkungen der Krise und andererseits die Auswirkungen der Halbkolonialisierung Osteuropas – der historische Hinterhof der westeuropäischen Mächte – und der chauvinistische und protektionistische Diskurs der Rechten und Mitte-Links Parteien sowie Koalitionen.

Die Beispiele von Griechenland und Großbritannien sind extrem paradigmatisch. In Griechenland verdoppelte die extreme Rechte vom LAOS („Orthodoxe Volkszusammenkunft“ oder „volkstümlich-orthodoxe Sammlung“) ihren Stimmanteil von 7,1% der letzten Wahlen. Die-

ses Ergebnis entspringt aus der Kombination starker sozialer Spannungen (die Ende Dezember 2008 ausbrachen) und ist von einem Klima latenten Rassismus gekennzeichnet, in dem den Migranten die Schuld für die Krise zugeschoben wird. Darüber hinaus befinden sich die traditionellen Parteien in einer tiefen Krise (Korruptionsskandale, in die führende Mitglieder des PASOK [Gesamtgriechische Sozialistische Bewegung] sowie der Partei Nea Dimokratia [Neue Demokratie] des Premiers Karamanlis verwickelt sind).

Diese Elemente erklären auch das sehr gute Abschneiden (vor allem bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen) der Liga Nord von Bossi in Italien. Dies geschah sogar in traditionell „roten“ Regionen Italiens, wo diese Gruppierung bisher nicht Fuß fassen konnte: In Emilia-Romagna, einer historischen Arbeiterregion des industriellen Proletariats, die bei allen Mobilisierungsmaßnahmen der Metallarbeitergewerkschaft FIOM der letzten Monate teilgenommen hatte, erreichte die Partei von Bossi 11% der Stimmen.

In Großbritannien erlangte die offene rassistische British National Party (BNP) 6,2% der Stimmen. Die Wahlenthaltung war in Arbeitervierteln wie Yorkshire (traditionelle Wahlbastion des Labourismus) sehr hoch, was zur einem erhöhten Stimmenanteil der antieuropäischen und fremdenfeindlichen BNP führte, die zwei Sitze im Parlament bekam, obwohl sie in



absoluten Zahlen weniger Stimmen als bei der letzten Wahl verzeichnen konnte.

Bescheidene Ergebnisse der reformistischen Linken sowie der antikapitalistischen radikalen Linke

Die Kräfte links der SPE erreichten nicht die Ergebnisse, die sie den Umfragen zufolge hätten erreichen können. Die unter der Abkürzung GUE/NGL (Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) vereinten Parteien im Europaparlament von Straßburg stellen jedoch keine homogene Realität dar. Sie umfassen von klassisch sozialdemokratischen Kräften wie DIE LINKE in Deutschland über Koalitionen der „radikalen Linken“ wie Syriza in Griechenland oder der NPA (Neue Antikapitalistische Partei) von Besancenot in Frankreich bis hin zu dem, was noch von den stalinistischen Parteien Europas übriggeblieben ist sowie Wahlallianzen wie Izquierda Unida (Vereinigte Linke) im Spanischem Staat oder die Linksfront (Front de Gauche) in Frankreich. Einige davon unterstützen (oder unterstützten) Regierungskoalitionen von Mittellinkskräften und sie schwanken im Allgemeinen zwischen radikalem Reformismus oder auch reformistischen Vorstellungen, die „den Bruch mit dem jetzigen System“ öffentlich ausrufen. Ihr gemeinsamer Nenner ist ein Programm, das auf die Ablehnung Brüssels und dem jetzigen Europa fixiert ist, zugunsten eines „sozialen Europas der Völker“, das respektvoller mit den „Bürgerrechten“ umgehen sollte.

Auf jeden Fall trat keine dieser Organisationen, sogar die linkesten oder jene, in denen Strömungen, die sich als trotzkistisch verstehen, ein gewisses Gewicht haben (wie Syriza und noch mehr die NPA) für ein klar revolutionäres und antiimperialistisches Programm an, das ein Wegweiser sein kann, um das Motto der französischen Arbeiter „tous ensemble“ (alle zusammen) voranzutreiben, also den aktiven unbefristeten Generalstreik vorzubereiten. Dies wurde von den Gewerkschaftsbürokratien jener Länder, in denen in den letzten Monaten der Generalstreik auf der Tagesordnung stand, verhindert, wie in Griechenland, Frankreich und Italien. Dieser Aspekt erklärt vor allem, im hier analysierten allgemeinen Rahmen, das bescheidene Ergebnis jener Parteien, die - angeführt von der NPA - eine antikapitalistische Strömung in Europa errichten wollen.

Nur der portugiesische Bloco de Esquerda (Linksblock) konnte sich mit einem Stimmanteil von 10,7% behaupten

(bei gleichzeitigem Stimmanteil von 10% der von der portugiesischen KP angeführten Koalition), während in Frankreich die NPA von Besancenot nur 4,8% der Stimmen erreichen konnte und somit keinen Abgeordneten entsenden kann (die französische Linksfront mit etwas mehr als 6% wird 4 Abgeordneten entsenden); die griechische Syriza erreichte 4,7%, der Stimmen (die KKE, die Kommunistische Partei Griechenlands, kam auf 8,3%).

Somit lagen die linken Parteien weit hinter den Umfragewerten (9% für die NPA in Frankreich und 10% für Syriza in Griechenland). Verschiedene Faktoren führten dazu, dass Parteien der sogenannten antikapitalistischen Linken Europas die soziale Wut angesichts der Auswirkungen der Krise, die sich in Demonstrationen und Streiks vor allem in Frankreich und Griechenland seit Ende des letzten Jahres bis zum Frühling 2009 zeigte, nicht kapitalisieren konnten: Die Wahlenthaltung ihrer Stammwählerschaft (jung und proletarisch), ihr fehlendes Interesse an Wahlen und das Misstrauen gegenüber den Institutionen der EU. Darüber hinaus konnten ihre Wahlprogramme nicht jene Avantgarde auf Wahlebene mobilisieren, die in den vergangenen Monaten auf die Straße gegangen war.

Die Bedeutung der ökologischen und grünen Stimmabgabe

Ein weiteres wichtiges Element, das die Wahlen kennzeichnete, ist das gute Abschneiden der Grünen in Europa, insbesondere in Frankreich. Die von Daniel Cohn-Bendit angeführte Liste bekam 16,2% der Stimmen, etwas weniger als die Sozialistische Partei (16,8%). Der Erfolg der Grünen, die viele mit einem vertieften ökologischen Bewusstsein verbinden, hat eher eine materielle Grundlage: die von der Rezession angeschlagenen Sektoren der Mittelklasse sehen in den Diskursen der Ökoparteien über eine „grüne Wirtschaft“ oder „nachhaltiges ökologisches Wachstum“ eine Alternative, um die Effekte der Krise zu lindern, und gar eine Lösung für den von der Krise gebeutelten Kontinent. Dabei handelt es sich um klassenübergreifende Projekte, vollkommen mit dem Kapitalismus vereinbar, da diese Positionen sowohl von Mitte-Linkss als auch Mitte-Rechts Parteien und Koalitionen vertreten werden.

Fazit

Nach dieser Wahlniederlage der Sozialdemokratie, die bestrebt ist sich zu erholen, setzt sie den Schwerpunkt ihres Diskurses auf die Wiederwahl Barrosos, den sehr liberalen Präsidenten der Euro-

päischen Kommission. Die jetzige Wirtschaftskrise, jenseits der rechten Mehrheit im Parlament oder der möglichen Wiederwahl Barrosos, setzt die Beziehungen innerhalb der EU stark unter Druck. Sowohl die Probleme der wichtigsten Ökonomien als auch die Osteuropa heim-suchende Rezession führen zu wirtschaftlichen, sozialen und geopolitischen Spannungen. Noch ist nicht klar ob die EU-Staaten einen eher koordinierten und föderativen Ausweg aus der Krise einschlagen werden oder sich ganz im Gegenteil zu einem nationalen Alleingang bei Aufrechterhaltung eines Minimums an wirtschaftlicher und politischer Koordination entscheiden werden. Komme es, wie es wolle, weder ein föderativer noch ein nationaler oder chauvinistischer Weg würden eine Alternative für die Arbeiterklasse und die Völker Europas darstellen. In beiden Fällen würde es sich um zwei reaktionäre Wege handeln, die die in den nächsten Monaten noch heftiger bevorstehende kapitalistische Offensive stützen werden.

Aus dieser Perspektive wird die Bildung einer marxistischen Führung in der Avantgarde eine zentrale Aufgabe. Es ist notwendig, die Lehren aus den wichtigsten Ereignissen des Klassenkampfes der letzten Monate, vor allem in Frankreich und Griechenland, zu ziehen. Daher ist es notwendig, in den Arbeiterorganisationen eine Einheitsfront durchzusetzen, um damit die bevorstehenden heftigen Angriffen der Bosse erfolgreich abzuwehren. Es ist unabdingbar zur bewussten Selbstorganisation unserer Arbeiterklasse beizutragen. Die Arbeiterklasse hat angefangen ihre Methoden zu radikalisieren, nun muss sie ihre politischen Perspektiven radikalieren, damit sie als einzige Klasse hervorgeht, die in der Lage ist, den Kapitalisten die Übernahme der Krisenkosten aufzuzwingen. Anderenfalls werden einerseits die fremdenfeindlichen und rassistischen Spannungen innerhalb der subalternen Klassen anschwellen, als auch andererseits bonapartistische und populistische Tendenzen in jenen Ländern Europas, die in der Krise unterzogen drohen, Zulauf bekommen.

Fußnote

¹ Auch in Deutschland verloren die traditionellen Parteien an Wählern. Trotzdem konnte die Union als Sieger aus den Abstimmungen hervorgehen, während die SPD an zweiter Stelle verblieb. Der eigentliche Gewinner auf deutscher Ebene war die FDP, die ihre Stimmen im Vergleich zu 2004 fast verdoppeln konnte und somit eine wichtige Kraft im mitterechts-liberalen Lager darstellt. (Anm. d. Red. von IK)

Pakistan

Pakistan: Obamas dritter Krieg?

Von Claudia Cinatti

7.5.2009

Während am 6. Mai in Washington das so genannte „dreigliedrige Gipfeltreffen“ zwischen den Präsidenten Barak Obama (USA), Hamid Karzai (Afghanistan) und Asif Zardari (Pakistan) abgehalten wurde, das von dem US-Präsidenten einberufen worden war, um eine verstärkte Zusammenarbeit mit den NATO-Truppen im Kampf gegen die Taliban und Al-Qaida zu erreichen, wurde die Nachricht bekannt, dass mehr als 150 Afghanen, laut dem Bericht humanitärer Organisationen vor allem Frauen und Kinder, während der Bombenangriffe der Besatzungstruppen am 4. Mai in der Provinz Farah gestorben waren..

Entgegen den Illusionen derjenigen, die glaubten, Obama würde mit der Politik Bushs Schluss machen und das Ende des „Krieges gegen den Terrorismus“ ausrufen, also den „Af-Pak“-Plan beenden, unter dem die militärischen Einsätze in Afghanistan und Pakistan laufen – macht Obama nicht mehr und nicht weniger, als die US-Offensive in Zentralasien zu vertiefen, um eine verstärkte Zusammenarbeit, vor allem mit der pakistanischen Regierung, im Kampf gegen die Taliban und andere Milizen zu erlangen. Diese haben ihre Angriffe gegen die US-Truppen verschärft und drohen, eine Krise großen Ausmaßes in Pakistan mit unvorhersehbaren regionalen Auswirkungen auszulösen.

Begrenzte Möglichkeiten

Neben der schwierigen Situation, in der sich die imperialistischen Truppen in Afghanistan befinden, seitdem die Taliban und die so genannten „Warlords“ (Kriegsherren) die territoriale Kontrolle der gesamten Provinz im Süden und Osten (im Rahmen der großen Unbeliebtheit der Besatzungstruppen) wieder übernommen haben, ist die andere große Sorge der Regierung Obamas, dass der Krieg sich auf Pakistan ausgeweitet hat.

Ogleich sowohl Karzai als auch Zardari prowestlich eingestellt sind, haben sich ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten rapide verschlechtert. Im

Fall von Afghanistan führt H. Karzai eine Marionettenregierung der NATO Besatzung an: Da er versucht hatte, auf die „moderaten“ Taliban zuzugehen, hatte er die Unterstützung der USA verloren, die ihn bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im Juni auswechseln wollte, wobei eine Strategie verfolgt wurde, die die Regierung Bush bereits im Irak angewandt hatte. Karzai jedoch akzeptierte dieses Vorgehen nicht und wird vielmehr zusammen mit einem ehemaligen Kriegsherren als Vizepräsidenten, der des Verstoßes gegen die Menschenrechte und des Drogenhandels beschuldigt wird, antreten. Die Regierung Obamas fand sich bereits mit der Möglichkeit seiner Wiederwahl ab und wird auch weiterhin zu Verhandlungen mit Karzai gezwungen sein, bis sie haltbarere Figuren findet. Im Fall von Pakistan sind die Aussichten nicht wesentlich ermutigender. Zardari wurde das Ziel von Kritik aus dem Weißen Haus für seine Verhandlungspolitik mit den Taliban, welche er verfolgte, da die Armee nur zögernd eine militärische Lösung anstreben würde, die nicht auf die breite Unterstützung der Bevölkerung stößt. Pakistan scheint auch die Politik der USA in Bezug auf den Konflikt mit Indien (Pakistans historischem Rivalen) nicht zu akzeptieren und im Wesentlichen eine Armee für die Aufstandsbekämpfung und den Bürgerkrieg zu trainieren.

Am Vorabend des Gipfeltreffens, nach enormem Druck von Seiten der US-Regierung, startete die Armee Pakistans schließlich eine militärische Offensive gegen das Swat-Tal, das seit einer Einigung im Februar unter Kontrolle lokaler Talibangruppen stand. Diese Einigung war vom Parlament genehmigt worden, wodurch die Regierung ihnen die Umsetzung der Shariah (islamisches Recht) im Gegenzug für die Einstellung der bewaffneten Angriffe gewährt. Dieser Politik stellten sich die Vereinigten Staaten vehement entgegen. Die Spannung wuchs, nachdem sich die Taliban-Milizen Mitte April entschlossen hatten, ihr Einzugs-

gebiet zu erweitern, und einige Tage das Gebiet von Burne besetzten, eine Fläche von über 1,3 Millionen Einwohnern, nur 90 km von der Hauptstadt Islamabad entfernt.

Als die Nachricht von diesem Vorstoß der Taliban und der zunächst unklaren Politik der lokalen und nationalen Regierung bekannt wurde, erklärte die Außenministerin der USA, Hillary Clinton, dass Pakistan zu einer „Bedrohung für die Welt“ würde, und warf der Regierung vor, gegenüber „Taliban und Extremisten aufzugeben“. Sie ging sogar soweit zu behaupten, dass die Vereinigten Staaten um das Schicksal des nuklearen Waffenarsenals Pakistans fürchteten, wenn die Taliban den „Sturz der Regierung“ herbeiführten. Dies trotz der Tatsache, dass Geheimdienstberichte der Vereinigten Staaten klar darauf hinwiesen, dass es keine Möglichkeit der Machtübernahme durch die Taliban gebe.

Obama stufte öffentlich die Regierung Pakistans als „zerbrechlich“ und „nicht in der Lage ein, der Bevölkerung die grundlegende Versorgung zu sichern, geschweige denn eine populäre Basis aufzubauen“. Einige Tage vor dem Gipfel in Washington wurde sogar offen in der US-Presse berichtet, dass der Sondergesandte der Vereinigten Staaten, Richard Hoolbroke, enge Kontakte mit dem Oppositionsführer Nawaz Sharif aufgebaut habe.

Doch trotz dieser Widersprüche wird Obama versuchen, durch eine Kombination von politischem Druck und Geld Zardari zu dem „Kampf gegen Al Qaeda“ zu verpflichten. Gleichzeitig soll die Pakistanische Armee im Wesentlichen weiterhin die Bodenangriffe gegen die lokalen Milizen führen, während die Vereinigten Staaten auch weiterhin ihre Bombenangriffe von unbemannten Luftfahrzeugen aus durchführt - zwar eine sehr unpopuläre militärische Praxis, jedoch von der Regierung Pakistans bewilligt. In diesem Sinne versprach Obama Hilfen für nicht-militärische Ausgaben in Höhe von 1.500 Millionen US-Dollar über

einen Zeitraum von fünf Jahren zuzüglich 400 Millionen für die Ausbildung der Sicherheitskräfte, die den Taliban gegenüberstehen.

Obamas Plan ist die Regionalisierung des „Af Pak“ - Konflikts und eine stärkere Zusammenarbeit vor allem mit Russland und dem Iran zur Stabilisierung der Region. Diese Politik, die immer mehr sowohl finanzielle als auch militärische Mittel im Krieg in Afghanistan und jetzt Pakistan erfordert, begann bereits einige Zweifel in den Reihen der eigenen Partei der Demokraten hervorzurufen. So erklärte der Vertreter Wisconsins, David Obey, der den Vorsitz des Ausschusses im Kongress zur Billigung von Ausgaben des Bundes innehält, er „gebe dem Weißen Haus nur ein Jahr, um konkrete Ergebnisse zu erzielen“, und verglich Obamas Ansatz des Öfteren mit Plänen des Präsidenten Richard Nixon in Vietnam im Jahre 1969. (NYT, 4-05-09).

Failed State?

Die proamerikanische Regierung Pakistans unter Asif Zardari, einer der wichtigsten Millionäre des Landes, dem die Führung der Pakistan People's Party nach der Ermordung seiner Frau Benazir Bhutto vererbt wurde, verlor in kaum einem Jahr fast seine gesamte gesellschaftliche Unterstützung, da mit jedem militärischen Angriff, der Opfer unter der Zivilbevölkerung fordert, die antiamerikanische Stimmung im Land wächst. Pakistan befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, die katastrophale Ausmaße anzunehmen drohte und in den letzten zwei Jahren große Demonstrationen unter den Arbeitern auslöste. Nach einem jüngsten Bericht der Welt-

bank „steht Pakistans eigene Nachhaltigkeit als unabhängige Nation auf dem Spiel, da die Knappheit zu wachsender sozialer Unzufriedenheit und zu Disharmonien zwischen dem Bund und den Provinzen führen könnte“. Um das schlimmste Szenario zu verhindern, bewilligte der IWF Ende 2008 ein Darlehen in Höhe von 7600 Millionen US-Dollar und die Vereinigten Staaten organisierten im vergangenen April eine „Geldgeber-Konferenz“ in Tokio, wo sie erreichten, dass Großbritannien, Japan, Saudi-Arabien, Südkorea und andere „Freunde Pakistans“ Hilfen in Höhe von 5300 Millionen Dollar versprochen. (The Economist, 30-4-09).

Diese finanzielle Unterstützung wurde gewährt, obwohl Pakistan aus den Vereinigten Staaten rund 10.000 Millionen US-Dollar militärischer Hilfe neben nicht bekannten Summen für Geheimdienstausgaben in den letzten sieben Jahren erhalten hat. Dem hinzu-zufügen ist die verheerende Niederlage, die die Regierung im Kampf gegen den ehemaligen Präsidenten Nawaz Sharif, der die wichtigste Oppositionspartei, die Muslimische Liga Pakistans, anführen wird, zu verkräften hatte.

Die Armee und der Geheimdienst des Landes (ISI) pflegen historische Beziehungen zu den Taliban, die, worauf vor kurzem Hillary Clinton hinwies, aus dem Kampfe gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan entstanden sind, während dem beide Parteien mit finanzieller und militärischer Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnen konnten.

Abgesehen von einer wichtigen Arbeiterklasse, die Streiks gegen die Aus-

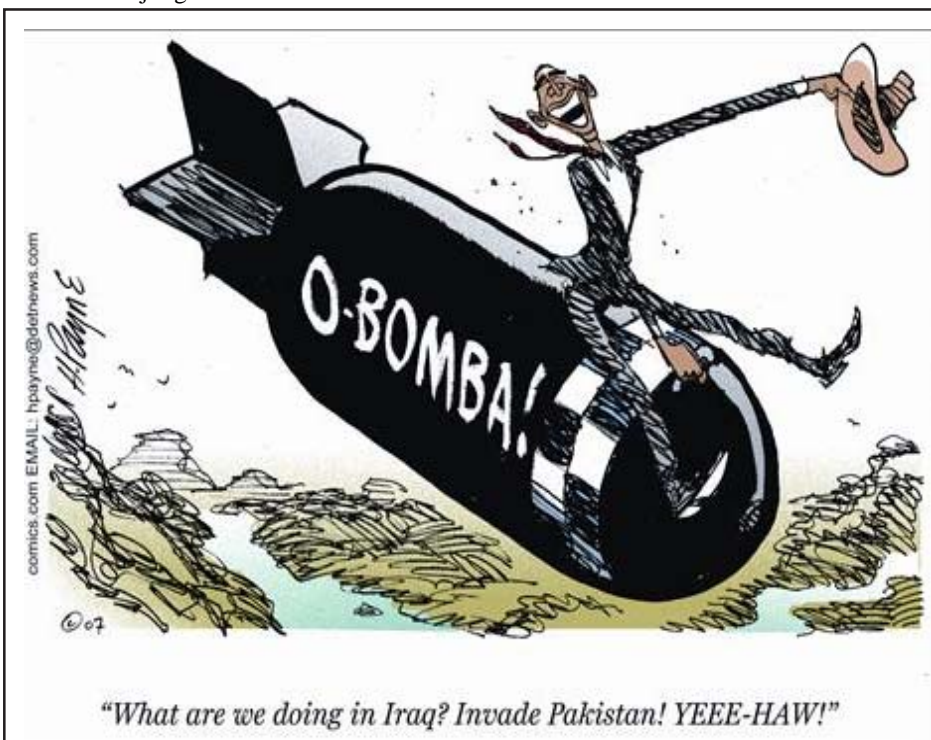
wirkungen der Wirtschaftskrise anführte, ist Pakistan tief gespalten in eine städtische Mittelschicht,

meist säkular geprägt, die in den Genuss der „Modernisierung“ kam und die Basis der Demonstrationen gegen die Regierung darstellte, und eine große ländliche Bevölkerung in den Provinzen an der Grenze zu Afghanistan, die hauptsächlich in Armut und Unterentwicklung lebt – hier konnten die Taliban neben anderen bewaffneten Gruppen und Parteien ethnischer Minderheiten an Stärke gewinnen.

Doch während dieses Phänomen für die meisten westlichen Analysten nur eine „Talibanisierung“ Pakistans durch die Anwesenheit von fanatischen Stämmen darstellt, nutzt die Taliban in Wirklichkeit die tief greifenden sozialen Ungleichheiten und möglichen Klassenkonflikte aus, um eine Basis für ihre zutiefst reaktionäre Politik zu gewinnen. Laut einem Artikel in der New York Times seien die Fortschritte der Taliban in Pakistan darauf zurückzuführen, dass sie „die tiefe Spaltung zwischen einer kleinen Gruppe von reichen Landbesitzern und ihren landlosen Pächtern ausnutzen“. Außerdem werde diese „Fähigkeit zur Nutzung der Klassengegensätze zu einer neuen Dimension des Aufstand“, weil die Struktur der pakistanischen Gesellschaft nach wie vor weitgehend feudale organisiert ist“.

Laut diesem Artikel war die Strategie, die die Taliban umsetzten, um das Swat-Tal einzunehmen, „die Organisation von bewaffneten Bauernbanden“, denen nicht nur die „Einführung der Shariah, sondern auch eine Umverteilung von Land“ versprochen wurde, eine Strategie, die, „so befürchtet die Regierung, auf Punjab (die bevölkerungsreichste Provinz des Landes) übertragen werden könnte, da die Provinz, in der die Milizen bereits an Kraft gewonnen haben, genauso reif für die gleichen sozialen Umwälzungen, die das Swat-Tal erschütterten, reif wäre.“ (NYT, 16-4-09).

Der Widerspruch liegt darin, dass es nicht gilt, eine Handvoll „Terroristen“ zu erledigen, sondern dass eine Eskalation der Pakistanischen Armee, die als Stoßkraft zum Schutze der strategischen Interessen der USA in Zentralasien auftritt, oder gar eine militärische Invasion durch die Vereinigten Staaten bereits vorhandene Tendenzen in Richtung eines Bürgerkrieges verschärfen könnte, statt die Region zu „stabilisieren“.



“What are we doing in Iraq? Invade Pakistan! YEEE-HAW!”

Verstaatlichungen à la Chavez

Von Milton D'León*

30. Mai 2009

Venezuelas Präsident Hugo Chávez hat die Verstaatlichung weiterer Unternehmen im Stahl- und Keramikbereich angekündigt, auch Unternehmen zur Herstellung von Eisenbriketts sollen nationalisiert werden. Betroffen sind in diesem Bereich die Unternehmen Comsigua, Materiales Siderúrgicos (Matesi), Orinoco Iron, Venprecar und Tubos Tavsa. Weiter kündigte Chávez auch die Verstaatlichung des Keramikunternehmens Cerámicas Carabobo an. Von den Verstaatlichungen betroffen sind mehrere japanische und argentinische Konzerne. Wie zu erwarten war, protestierten die örtlichen Unternehmer sowie die Handelskammern aus Argentinien angesichts dieser vermeintlichen „Attacken Chávez´ gegen das Privateigentum“.

Die Arbeiter der betroffenen Firmen

nem voranschreitenden Kampf befinden, sehen diese Verstaatlichungen als einen Triumph an.

Mit dieser Maßnahme weitet Chávez seine Kontrolle auf die gesamte Eisen- und Stahlproduktion des Landes aus, aber gleichzeitig versucht er damit auch, das hohe Konfliktpotential und die Gewerkschaftskrise einzudämmen, welche seit Monaten in dieser Region bestehen.

Kauf der „nationalen Souveränität“

Selbst wenn es sich bei den zu verstaatlichenden Industrien nur um mittlere Unternehmen handelt und sie keine sehr große Anzahl an Arbeitern aufweisen, belaufen sich letztere doch auf insgesamt 2000. Zudem werden einige

dieser Firmen von ausländischem Kapital kontrolliert: 50,2% der Aktien des Eisenbrikettherstellers Matesi werden von Ternium (der transnationalen Gruppe Techint) kontrolliert, 49,2% von Sidor (dem wichtigsten Stahlproduzenten Venezuelas). Die Mehrheit der Aktien des Stahlproduzenten Tavsa (70%) liegt bei der Techint Gruppe; Comsigua befindet sich zu 60% in den Händen der japanischen Firma Kobe Steel.

Wie wir sehen, ist das, was Chavez macht, nicht mehr und nicht weniger als sich die von ihm beschriebene „nationale Souveränität“ direkt zu erkaufen. Er positioniert sich wieder in den Schlüsselindustrien des Landes, zahlt tausende Millionen von Dollar¹ an internationale Kraken, obwohl diese Firmen ohne jegliche Form von Abfindungen enteignet werden müssten. Während die Stürme der Wirtschaftskrise auf Venezuela zuwehen, die Regierung Haushaltskürzungen vornimmt und die Mehrwertsteuer als auch die Grundkosten erhöht, zahlt sie die Transnationalen weiterhin ehrerbietig aus. Diese Zahlungen führen zu nichts als einer weiteren Schröpfung des Finanzhaushaltes. Daher sollten diese Unternehmen ohne jegliche Zahlungen enteignet werden und in die direkte Arbeiterkontrolle übergehen. Das daraus entstehende Potenzial müsste für die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung genutzt werden, die durch die Abkommen der Regierung von Arbeitslosigkeit bedroht ist und deren Lebensniveau immer weiter sinkt.

Geschäftlicher Pyrrhussieg

In einem in der Zeitschrift „Lucha de Clases“² publizierten Artikel stellten wir dar, dass sich Chavez nach dem Referendumssieg 15. Februar und der Niederlage im



Chávez bei der Verkündung von Nationalisierungen

Referendum vom 2. Dezember 2007 zeitweise wieder erholen konnte. Diese Situation nutzte er zweifach für sich: einerseits um die Kontrolle über die Massen und die Arbeiterbewegung wiederzugewinnen und andererseits um weitere strategische Unternehmen der venezolanischen Industrie in die Umlaufbahnen des Staates zu überführen. So ist festzustellen, dass Chavez sich wieder erholen konnte: Dies verdeutlichen nicht nur die Umfragewerte von fast 60% Unterstützung, sondern auch der – zumindest momentane- Rückgang der Offensive, die die rechte Opposition nach dem 2. Dezember gestartet hatte.

Es lässt sich also erkennen, dass die venezolanische Regierung seit Februar ihren „Verstaatlichungen“ im Erdgas-, Banken- und Industriesektor einen deutlichen Anstoß gegeben hat. Was Chavez Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, ist die Weiterverfolgung seines Plans, die strategischen Sektoren der Ökonomie angesichts einer angespannten Wirtschaftslage, höherer Inflation und geringeren Öleinnahmen zu kontrollieren. Nach Ansicht vieler Beobachter würde eine Erholung dieser ökonomischen Sektoren nur durch staatliche Zuschüsse möglich sein. Doch aktuell ist der finanzielle Muskel der Regierung recht schwach: weniger Ressourcen und mehr Sachzwänge, außerdem führt der Einsturz der Ölpreise zu einem drastischen Rückgang der Divisengewinne. Der Durchschnittspreis des venezolanischen Rohöls zeigt seit 2008 einen Rückgang von 51% auf und auch die Exporteinnahmen sanken im ersten Quartal um 55%. Nach eigenen Daten der Zentralbank sind die Aktivitäten in der Rohölindustrie im ersten Quartal um 4,8% des BIPs gefallen. Sie betragen also nur noch 9,8 Milliarden Dollar Gewinn (im Vergleich zu 20,4 Milliarden im Vorjahr) aufgrund des geringeren Produktionsvolumens und der fallenden Exporteinnahmen.

Die Regierung steht sowohl im Ölsektor als auch in anderen Bereichen vor wirklichen Zahlungsschwierigkeiten und ist sowohl bei Auftragsgebern als auch bei Zulieferern verschuldet. Dies bringt auch eine konfliktbehaftete Situation zwischen den Arbeitern dieser Industrien hervor, da die Unternehmensführungen die staatlichen Schulden für ihre Nachlässigkeit bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen verantwortlich machen. So erklären einige Beobachter, dass die Regierung abgesehen von der Kontrolle über zentrale Industrien „die Verstaatlichungen vorantreibt, um ihre Schulden bei Zulieferern zu umgehen, indem sie anstatt die ausstehenden Zahlungen vorzunehmen oder Hilfgelder zu



Demonstration von Sidor-Arbeitern: Auf dem Transparent steht: Sidor=19 Tote, 10 Jahre Elend und Hunger

beantragen, einfach die Unternehmen übernimmt und so zu ihrem Eigentum macht“. (Luis Vicente León, Datanálisis, 25/5). So beispielsweise im Fall von Tavsa, ein Subunternehmen des wichtigsten Stahlproduzenten Venezuelas Sidor: PdvsA (die staatliche Erdölindustrie) als sein quasi einziger Klient erwirbt 95% seines Produktionsvolumens und schuldet Tavsa 50 Millionen Dollar – Tavsa wiederum schuldet Sidor etwa 12 Millionen Dollar. Tavsa schob nun, um Druck auszuüben, ihre Arbeitspflichten auf die lange Bank und führte seine Arbeiter zum Kampf, was letztendlich zur Stilllegung der Produktion führte.

Über die eigentlichen Absichten der Regierung Chavez beim Vordringen in diese Unternehmen kann viel spekuliert werden, vor allem aufgrund der Einbußen in Dollardivisen durch den Abfall der Ölpreise. Tatsache ist, dass Chavez sich Unternehmen mitten in der Krise annimmt und reichlich investieren müsste, um sie wiederzubeleben – und inmitten der Weltwirtschaftskrise nehmen transnationale Unternehmen die Gelegenheit war, besonders teuer zu verkaufen. Wie Pyrrhus im Kriege ruft Chavez den Sieg auf Kosten einer großen Ungewissheit und des Ausblutens der Wirtschaft aus, obwohl er die nach Gewinn Lechzenden sofort hätte konfiszieren können.

Arbeiterkämpfe durchkreuzen Chavez' Maßnahmen

In Venezuela ist eine neue Phase der Arbeiterbewegung zu beobachten, die objektiv wiedererstartet und wichtige Kämpfe anführt. Chavez versucht die radikalisierten Arbeiterkämpfe zu disziplinieren und bedroht angesichts der ansteigenden Streikwellen sogar die Arbeiter der staatlich kontrollierten Unter-

nehmen. Drei Kämpfe drohten zu einer Zeitbombe zu werden, alle in erst kürzlich „verstaatlichten“ Unternehmen wie dem Eisenproduzenten Matesi, der Keramikfabrik Carabobo und dem Stahlproduzenten Tavsa.

Als Chavez seine letzten Maßnahmen verkündete, hatten die Arbeiter von Matesi bereits sechs Monate Arbeitskampf hinter sich, in denen sie keinen Lohn erhielten. Diese harte Entscheidung der Techint Gruppe, zu der das Unternehmen gehört, war die Antwort auf den Protest, der sich gegen die Streichung von Arbeitsschichten und der damit einhergehenden Entlassungswelle formiert hatte. Die Arbeiter leisteten trotz Lohnstreichung weiter Widerstand und riefen den Streik aus. Das Unternehmen rechtfertigte die Situation durch die Wirtschaftskrise, doch die Arbeiter wussten, dass andere Interesse dahinter standen und hatten Recht: Techint forcierte das staatliche Eingreifen, um die „Verstaatlichung“ zu ermöglichen und Gewinn zu erzielen, vor allem in Anbetracht der sehr gut verlaufenden Verhandlungen bei Sidor. Die Arbeiter hatten die Regierung bereits aufgefordert, sich mit der Enteignung des transnationalen Unternehmens zu befassen, da dieses gegen ihre Rechte verstoße. So versicherten die Arbeiter: „Es kann nicht sein, dass wir es sind, die für das Scheitern des Kapitalismus geopfert werden – sollen die Manager doch ihre eigenen Löhne senken“. Auch im Stahlunternehmen Tavsa war die Situation nicht viel anders. Hier lag bereits seit drei Monaten die Produktion still. Dies war eine Art lock-out (Aussperrung), da mit dem Argument der staatlichen Schulden von 55 Millionen Dollar massive Entlassungen vorgenommen wurden. Die Arbeiter verharrten trotzdem im

Kampf und forderten, dass ihre Fabrik wie Sidor verstaatlicht werden solle.

In der Keramikfabrik Carabobo wurde ebenfalls gestreikt und die Fabrik war seit 6 Monaten von ihren Arbeitern besetzt. Im Oktober 2008 hatte die Firmenführung den Arbeitern das Dekret zur Stilllegung der Ziegelöfen und technischen Schließung aus angeblich finanziellen Gründen bekannt gegeben. Die Arbeiter wehrten sich gegen die Werkschließung und hielten die Maschinerien weiterhin instand - damit verkündeten sie den Beginn des Konflikts. Die Arbeitgebervertreter versuchten das Unternehmen unter anderem Namen neu zu eröffnen, um so ihre Pflichten gegenüber den Arbeitern zu umgehen und Arbeitsplätze zusammenzuziehen. Doch die Arbeiter durchschauten diesen Trick, besetzten sofort ihre Fabrik und forderten die Verstaatlichung des Werks.

Die Regierung versucht die Arbeiterkämpfe einzudämmen, indem sie sehr kostspielige Abfindungen an die großen nationalen und internationalen Unternehmer zahlt. Doch auch nach dem die Unternehmen in staatliche Hände übergegangen sind, bestehen Probleme wie die prekären Arbeitsverhältnisse und die Auslagerung von Teilen der Produktion weiter - dies lässt sich zur Zeit bei Sidor, aber auch in den Erdölraffinerien erkennen.

Während sich verschlimmernde Probleme wie der Wohnungsnotstand, die ansteigenden Lebenshaltungskosten und der Reallohnverfall durch die Inflation weiterhin ungelöst bleiben, entschädigt Chavez die großen transnationalen Unternehmen durch seine angepriesene Politik der „nationalen Souveränität.“ Dem entgegen zu setzen seien folgende Kampfpapare:

- **Nicht einen Cent für die lokalen und transnationalen Wirtschaftsriesen!**
- **Keine Abfindungen für zu verstaatlichende Unternehmen!**
- **Enteignung ohne Ausgleichszahlungen aller Unternehmen, die mit Entlassungen drohen, und Überführung in die direkte Arbeiterkontrolle!**

* Der hier publizierte Artikel ist einer freie, gekürzte Übersetzung d.Red. von „Internationaler Klassenkampf“ des Artikels *Negocios en la Venezuela Bolivariana: Las „Nacionalizaciones“ de Chavez* von Milton D'León der LTS Venezuela.

Wieder Mord an Gewerkschafter in Venezuela

Von Liga de Trabajadores por el Socialismo (LTS)

13 Mai 2009

In Venezuela wurde der Gewerkschaftsvorsitzende des Toyota-Werkes erschossen. Es ist bereits der siebente ermordete Gewerkschafter innerhalb von fünf Monaten. Wir bringen eine Stellungnahme der venezolanischen trotzkistischen Organisation „Liga de Trabajadores por el Socialismo (LTS)“.

Stellungnahme der LTS zum Mord an Argenis Vásquez

Am 5. Mai wurde Argenis Vásquez, Sekretär der Organisation der Toyota-ArbeiterInnengewerkschaft in Venezuela, vor seinem Hauseingang ermordet. Als er das Haus verließ, um im Rahmen seiner gewerkschaftlichen Aufgaben einen Rechtsanwalt zu treffen, wurde er aus kurzer Distanz von Auftragskillern erschossen.

Die Toyota-ArbeiterInnen reagierten sofort. Unmittelbar darauf besetzten sie die Fabrik. Die ArbeiterInnen zeigten mit dem Finger auf den japanischen multinationalen Konzern als politisch und geistig verantwortlich für diesen abscheulichen Mord, der nach 30 Tagen Streik bei Toyota stattfand.

Verschlimmernd kommt hinzu, dass diese Vorgänge Teil einer Serie von Morden an Aktivisten der Linken und der ArbeiterInnenklasse sind, die in Venezuela innerhalb eines kurzen Zeitraumes stattfanden und die völlig ungestraft geblieben sind. Letzte Woche wurde Yubez Ortega, StudentInnenführer im Bundesstaat Mérida, der an einem StudentInnen und LehrerInnenprotest teilnahm, von der Polizei ermordet, die auf Marcos Díaz Orellana, den chavistischen Gouverneur des Bundesstaates, reagierte.

Im November 2008 wurden Richard Gallardo, Luis Hernández und Carlos Requena, Führer der lokalen UNT (Nationale Arbeiterunion) [in Aragua, Anm. der Red.] von der Gewerkschaftsströmung CCURA und der Unidad Socialista de Izquierda (USI) von Auftragskillern ermordet, nachdem sie die Besetzung der Lacteos Alpina Fabrik, eines kolumbianischen Milchkonzerns unterstützt hatten. In Januar dieses Jahres

wurden die Arbeiter Pedro Suárez und Javier Marcano nach einem gewaltsamen Räumungsversuch der Mitsubishi-Fabrik, die von den ArbeiterInnen zur Verteidigung ihrer Jobs besetzt war, von der Polizei des Bundesstaates Anzoátegui, der vom Chavisten Tarek William Saab regiert wird, ermordet.

Wir müssen diesem Einsatz von Auftragsmördern, der Kriminalisierung von Protesten, der Staatsrepression und der Straflosigkeit für die Mörder ein Ende machen. Das Massaker von Aragua ist noch immer ungesühnt. Weder die Chavez-Regierung noch die Gerichte haben diejenigen dingfest gemacht, die für die Verbrechen gegen die drei ArbeiterInnenführer in Aragua politisch und physisch verantwortlich sind. Sie haben auch nichts gegen diejenigen unternommen, die politisch und geistig für die Morde an den Genossen von Mitsubishi verantwortlich sind, als dieses Verbrechen von staatlichen Kräften und unter der Führung eines chavistischen Gouverneurs verübt wurde. Das gleiche war der Fall beim Mord an dem StudentInnenführer aus Mérida durch Polizeikräfte. Ebensowenig können wir es nicht zulassen, dass dieses letzte Verbrechen gegen den Gewerkschaftsführer von Toyota ungestraft bleibt.

Nur die Mobilisierung der Bevölkerung und der ArbeiterInnenklasse in Venezuela und internationale Solidarität werden in der Lage sein, diese Serie von Verbrechen gegen die ArbeiterInnenbewegung, die für ihre Forderungen kämpft, zu beenden.

Wir rufen die politischen, gewerkschaftlichen, studentischen, demokratischen und fortschrittlichen Organisationen auf, von der Regierung Hugo Chavez ein Ende der Straflosigkeit der Auftragsmörder und Polizeiunterdrücker zu verlangen, und dass diejenigen, die physisch und intellektuell für die Verbrechen gegen ArbeiterInnen, BäuerInnen und StudentInnenführerInnen verantwortlich sind, verfolgt werden.

Übersetzung: Eric Wegner (RSO Wien)

Der Kampf der Zanon-Arbeiter

Angesichts der Krise Enteignung ohne Entschädigung und unter Arbeiterkontrolle

Von Mark Turm

Angesichts der schlimmsten Wirtschaftskrise seit vielen Jahren, welche nicht nur eine oder ein paar wichtige Wirtschaften heimsucht, sondern alle imperialistischen Ländern zur selben Zeit trifft, ist damit zu rechnen, dass ihre katastrophalen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen erst noch zu spüren sein werden (in Deutschland werden die Auswirkungen erst nach den Bundestagswahlen zu sehen sein, wenn sich alle im Vorfeld des Wahlkampfes gemachten Versprechungen wie ... als leer entpuppen werden).

Selbstverständlich wird die herrschende Klasse, die Kapitalistenklasse, die ganze Last der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse abwälzen. Beispiele hierfür haben wir schon oft genug präsentiert bekommen: Rettungsschirme für Banken auf der einen Seite, Massenentlassungen von Leiharbeitern und Kurzarbeit, d.h. die Vorstufe der Arbeitslosigkeit, auf der anderen. Nun wird diese Krise als eine Art Naturereignis dargestellt oder als das Produkt einzelner raffgieriger Bankmanager, die ihre Gier nicht zügeln konnten. Wir wissen jedoch, es handelt sich um eine immanente Eigenschaft des krankhaften und daher krisenhaften Kapitalismus. Was sich hinter diesem ideologischen Kunstgriff verbirgt, ist der Versuch uns glaubhaft zu machen, es gebe keine Alternative zu Massenentlassungen, Armut in Form von Hartz-4 Plänen und Resignation.

Wie erfolgreich die Herrschenden dabei sind, ist angesichts des unter vielen linken Kräften grassierenden Skeptizismus mehr als deutlich. Aber es gibt eine Erfahrung, die bewiesen hat, dass es anderen Weg als die kapitalistische Misere gibt: Die Kachelfabrik von Zanon in Argentinien hat mit ihrem heldenhaften Kampf gezeigt, dass die Arbeiter unentbehrlich sind, um die Produktion aufrecht zu erhalten, die Chefs jedoch nicht.: d.h., dass es möglich ist, eine Fabrik ohne Chefs zu leiten. Zanon ist ein Beispiel dafür, weil es eine Alternative aufzeigt,

eine Alternative des Kampfes, der Würde, welche sich die Gesamtheit der Arbeiterklasse in Deutschland und anderswo zu eigen machen sollte, wenn sie nicht untergehen will.

Das Beispiel der Zanon-Arbeiter: Ein Musterbeispiel des Kampfes

Der Kampf der Kachelarbeiter von Zanon begann im Oktober 2001. Damals zeigte der wirtschaftliche Konjunkturrückgang schnell seine Auswirkungen im industriellen Sektor. Darauf zögerte die Leitung der Firma Zanon nicht, die Krise auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie die ausstehenden Löhne einfach nicht zahlte und 380 Arbeiter fristlos entließ. Unmittelbar danach entschieden die Arbeiter, permanente Versammlungen zu organisieren und auf Mobilisation zu setzen; das Unternehmen antwortete mit der Aussperrung aller Arbeiter.

Von nun an gingen die Arbeiter dazu über, ihre Rechte zu verteidigen, indem sie die Arbeitsschichten aufrechterhielten und Zelte am Fabrikeingang aufschlugen. Die Offensive des Unternehmens wurde radikaler. Es zeigte die Arbeiter wegen Usurpation an, und die Landesgerichte ordneten seinerseits die Räumung der Fabrik an, was eine brutale Repression der Arbeiter seitens der Polizei zur Folge hatte. Die 19 bei dieser Repressionsmaßnahme verhafteten Arbeiter wurden

nach einer massiven Demonstration freigelassen.

Angesichts der Räumungsklage und der brutalen Repression antworteten die Arbeiter mit der Produktion unter eigener Führung. Dabei unterstützten sie nicht nur die Bevölkerung der Region (Neuquén), sondern auch die aus anderen Orten des Landes. Die Studenten der örtlichen Universität des Comahue (in Patagonien) haben die Arbeiter im ihren Kampf ebenfalls unterstützt, bei jedem Räumungsversuch schlugen sie sich auf die Seite der Arbeiter und haben in der Tat gezeigt, wie die Einheit zwischen Arbeitern und Studenten aussehen kann. Hunderte von Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftler, Arbeitslosen-Organisationen, Studenten und Künstler unterstützten und verbreiteten den Kampf der



Plakat einer Veranstaltung der Zanon-Arbeiter

Arbeiter von Zanon, der Kampf für die Enteignung des Unternehmens ohne Entschädigung und unter Arbeiterkontrolle. Diese Forderung verwandelte sich schließlich in eine Kampffahne.

Die Arbeiter dieser Fabrik haben ohne Chefs, ohne Direktoren, ohne Bürokraten bewiesen, dass sie eine Antwort auf die sozialen Probleme der Gemeinde, der Arbeiter und der armen Bevölkerung geben können: Sie haben Gesundheitszentren mitgebaut, Spenden für Volksküchen, Schulen, Krankenhäuser und Kinderhorte gemacht. Sie förderten auch die Arbeitersolidarität mit der Errichtung eines Streikfonds für die Unterstützung anderer Arbeiterkämpfe. Nebenbei schufen sie 500 echte Arbeitsplätze, die unter den Genossen der Arbeitslosenorganisationen nach sozialen Kriterien aufgeteilt wurden.

Zanon ist ein Kampfbeispiel, und ein Beispiel für die Gesamtheit der beschäftigten und arbeitslosen Arbeiter, ein Beispiel, welches die Reihen zusammenschweißt: Sie haben bewiesen, dass, wenn ein Kapitalist eine Fabrik zumacht, sie dennoch eine soziale Aufgabe erfüllen kann. Sie haben bewiesen, dass die Produktion auch ohne Chefs möglich ist. Mehr noch, in Zeiten grassierender Arbeitslosigkeit haben sie Arbeitsplätze geschaffen! Die Hürden, die sie dabei überwinden mussten, waren riesig: von Ex-Gewerkschaftsbürokraten kommandierte Streikbrecher, von den Fabrikbesitzern bezahlte Raufbolde, Polizeiwillkür und Repression, Morddrohungen, Überfall auf einzelne Arbeiter vor den Fabriktooren, richterliche Anordnungen und Räumungsbefehle usw., aber sie haben sie alle dank ihrem Willen zum Kampf und der ständigen Kontrolle durch die Versammlung überwunden.

Dank diesem beispielhaften Kampf haben die Kachelarbeiter von Zanon erstens die Gerichte gezwungen, den Konkurs des Unternehmens zu deklarieren. Somit war der legale Weg für die Verwaltung des Unternehmens durch eine Kooperative gegeben. Die Arbeiter von Zanon, wohlwissend welche Schwierigkeiten und Falle eine Kooperative mit sich bringt, gründeten die Kooperative FaSinPat (Fabrik ohne Bosse). Dabei haben sie den Kampf für die endgültige Enteignung des Unternehmens unter Arbeiterkontrolle nie aufgegeben. Zweitens haben sie alle Überbleibsel der ehemaligen Gewerkschaftsbürokratie überwunden und die Statuten der Gewerkschaft der Kachelarbeiter von Neuquén verfasst, welche ein antibürokratisches und kämpferisches Manifest darstellen.

Zanon: Besetzte Kachelfabrik in Argentinien

Ohne Besitzer, ohne Chefs, ohne Bürokraten

Von Außen könnte man den Eindruck haben, dass durch die Selbstverwaltung einer Fabrik eine neue Welt geschaffen wird, ein neuer Mensch, das Paradies, der wahre Sozialismus, aber das stimmt leider nicht. Wir sind hier nur ein Ort des Kampfes, des Widerstandes, wir brauchen Unterstützung, und wir hoffen, dass sich dieser Prozess weiter ausbreiten wird, dass wir alle gemeinsam kämpfen werden. Wir wollten nicht nur, dass eine Fabrik gerettet wird, wir wollen eine Gesellschaft ohne Ausbeutung. (Raúl Godoy, Generalsekretär des SOENC)

Im Jahr 2001 stürzte die argentinische Wirtschaft in eine tiefe Krise: 2000 Unternehmen gingen in Konkurs, das Geld schmolz den Unternehmern und den kleinen Sparern unter den Händen weg.

Im ganzen Land übernahmen Arbeiter ihre Pleite-Fabriken, sie begannen aufs Neue mit der Produktion, in den meisten Fällen illegal – und sie belebten damit ein altes Phänomen, das verloren gegangen schien, das der „instandbesetzten Fabrik“.

Kannst du uns erzählen, unter welchen Bedingungen ihr die Fabrik besetzt habt?

Die Besetzung der Fabrik war eine Antwort der Arbeiter angesichts einer sehr tiefen Krise. Die Besetzung von Zanon ist nicht die einzige Erfahrung gewesen, aber aus der Perspektive der Arbeiter in den Fabriken stellt sie eine Klassenantwort auf die Explosion der Krise in Argentinien 2001 dar, in deren Verlauf mehr als zweitausend Fabriken dichtgemacht wurden, die Bankkonten von Tausenden Sparern beschlagnahmt wurden und die ganze Wirtschaft zusammenbrach.

Das alles hat einen Organisationsprozess der Arbeiterschaft in Gang gesetzt, der Arbeitslosen, was man als Piquetero-Bewegung bezeichnet hat. Es führte aber auch zum Aufblühen der

Volksversammlungen in den Stadtvierteln und zu einem bestimmten Widerstand in den Fabriken.

Zanon stellt in diesem Sinne ein Symbol dar, weil es sich um eine der militantesten und größten Fabriken in Argentinien handelt. Die Zanon Beschäftigten sind sehr militant, sehr kämpferisch, nicht nur in der Fabrik, sondern auch außerhalb.

Warum hat die Regierung die Enteignung abgelehnt, die Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle jedoch ermöglicht, obgleich ihr es seid, die die Fabrik leiten, die die Produktion seit nahezu acht Jahren aufrechterhalten?

Dies ist so, weil das Beispiel, das wir geben, für die Arbeiter und für viele Leute sehr gut, für die politische Macht jedoch sehr schlecht ist. In Zanon ist der König nackt. Man hat bewiesen, dass die Arbeiter eine Alternative haben. In Zanon haben wir gezeigt, dass die Arbeiter Entlassungen, Aussperrungen und Arbeitslosigkeit nicht erdulden müssen, sondern dass man die Möglichkeit hat, eine Fabrik mit anderen Zielen als dem Profit produzieren zu lassen, dass man einem gesellschaftlich notwendigen Ansatz folgen kann. Das ist eben der Grund, wieso die politischen Herrscher und großen Unternehmer Druck ausüben, damit unsere Situation aus rechtlicher Sicht ungeklärt bleibt. Das ist der Grund, wieso es seit acht Jahren immer noch keine Enteignung gibt.

Unter Arbeiterkontrolle... Aber was meint ihr damit?

Das ist eine Art Lehre, eine Schule. Wir haben die Arbeiterkontrolle nicht erfunden, sondern wir haben aus vergangenen Erfahrungen gelernt, nicht nur aus Erfahrungen aus Argentinien, sondern auch aus anderen Ländern, auf internationaler Ebene. Zum Beispiel nicht



Ein fast unbekanntes Bild in Deutschland: Arbeiter feiern Ettapensieg

weit weg von hier, in Chile um genauer zu sein, fand in den 70er Jahren ein Prozess statt, den man die „Industriegürtel“ (cordones industriales) genannt hat. Damals wurden viele Fabriken unter Arbeiterkontrolle geführt, die sich untereinander koordinierten. Und wenn die Kapitalisten eine Aussperrung organisierten, also wenn die Chefs die Fabriken schließen wollten, organisierten sich die Arbeiter mit den Einwohnern der angrenzenden Stadtviertel und organisierten die Verteilung selbst. Man kennt Erfahrungen von Arbeiterkontrolle aus Polen, aus der Tschechoslowakei oder sogar aus der Anfangszeit der UdSSR, um etwas weiter zurück in die Zeit zu gehen.

Bei der Arbeiterkontrolle nehmen eben die Arbeiter selbst die Zügel in die Hand, sie bestimmen die Produktion, sie planen und sie verabschieden die Arbeitspläne. Das ist es, was übrigens in der UdSSR ab einem bestimmten Moment verloren gegangen ist: Die Bürokraten haben dann entschieden...

Die entscheidende Frage ist also, die Frage, die man sich stellt: „Wie organisieren wir die Produktion der Fabrik?“ Da wir heute gegeneinander konkurrieren müssen, kommen die Kollegen der Verkaufsabteilung, sie machen eine Marktstudie, um zu wissen, welche Modelle man braucht. Sie kommen in die Versammlung und sagen: „Es wäre notwendig, dass man diese Art des Fliesenbelages herstellt“, das Modell X und Y. Die Kollegen antworten, also das eine Modell geht in Ordnung, aber für das andere fehlt uns dieses oder jenes Material. Also entscheidet man gemeinschaftlich über den Arbeitsplan, über die notwendige Anzahl an Stunden für die Herstellung,

man zählt die Stunden, die man für die Berufsausbildung, für die Versammlungen braucht, usw... So plant man dann die allgemeine Produktion.

Das ist ein gewaltiger Lernprozess, denn wir als Arbeiter sind nicht daran gewöhnt, unsere eigene Zukunft in unseren Händen zu haben. Das braucht Zeit. Als wir die Fabrik besetzten, als wir drin waren, haben wir uns gesagt: „Jetzt sind wir drinnen, und was nun? In diesem Moment haben wir uns gesagt, jede Abteilung soll sich organisieren, jede Abteilung soll einen Delegierten wählen“. Und so hat man angefangen sich allmählich zu organisieren, aber es hat Zeit gebraucht, denn das größte Problem spielt sich eigentlich im Kopf ab. Die dicksten Ketten, die wir haben, sind im Kopf; eben da befinden sich die Haupthindernisse. Und wenn man entdeckt, dass es doch möglich ist, Sachen zu machen, dass das nur von einem selbst abhängt, ist das wunderbar, es ändert alles. Es entsteht viel Kreativität, die Sachen entstehen leichter.

Man muss jedoch sehr viel Geduld haben, denn die Ketten reißen nicht bei allen zum gleichen Zeitpunkt. Einige Kollegen denken weiterhin, dass ein Chef in irgendeinem Moment kommen soll oder dass jemand kommen soll, der einen Befehl erteilt, und wenn das kein Chef ist, dann ist das eine Gewerkschaft, wenn das kein Vorarbeiter ist, dann ist das ein Gewerkschaftler oder ein Führer oder ein Koordinator. D.h., sie wollen delegieren. Es ist ein ständiger Kampf, den man führen muss, damit es zu keiner Delegierung kommt, oder dafür, dass nur das unerlässliche Minimum an Delegierung stattfindet, die Kontrolle aber in der Versamm-

lung bleibt.

Wir hier pflegen zu sagen, dass die Arbeiterkontrolle zu vergleichen ist mit der biblischen Geschichte von Adam und Eva, die vom verbotenen Apfel aßen, von der Entdeckung von Gut und Böse... Hier haben wir so etwas Ähnliches erlebt: Man hat die Geheimnisse der Produktion gelüftet, die Handelsgeheimnisse der Bosse entdeckt. Das war eine enorme Entdeckung, besonders in Anbetracht der Lehre, die die Arbeiter gezogen haben: „Es ist doch möglich, man kann es machen!“. Im Laufe von acht Jahren des Kampfes hat man bewiesen, dass man es ohne Chefs, ohne Vorarbeiter, ohne Bürokraten machen kann. Es ist möglich!

Sind die Arbeiter die neuen Chefs?

Von Anfang an haben wir gesagt, dass wir nicht eine Fabrik für eine bestimmte Gruppe von Arbeitern wollen. Wir wollten, dass die Fabrik in den Dienst der Notwendigkeiten der Gemeinde gestellt wird. Wir wollten uns der Fabrik nicht bemächtigen, sondern wir wollten, dass man versteht, dass es sich um ein soziales Gut mit einer sozialen Zweckbestimmung handelt. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir immer gesagt, wir wollten weder neue Besitzer, noch neue Unternehmer, noch neue Chefs der Fabrik sein. Wir haben gesagt, wir wollten weiterhin Arbeiter sein, die die Produktion in den Dienst der Gemeinde stellen.

Dies hat zu einer breiten Unterstützung geführt, denn neben unserer Forderung nach Enteignung und Verstaatlichung der Fabrik haben wir auch immer gesagt, dass es notwendig sei einen Sozialplan aufzustellen. Somit hatten wir die Unterstützung zahlreicher Arbeiter, zum Beispiel der Arbeitslosen des BTP, gewonnen, aber auch die Unterstützung von Tausenden obdachloser Familien oder solcher, welche in den Slumsiedlungen leben. Das alles hat eine kompakte Masse an Leute zusammengeführt, die die Fabrik geschützt haben, weil es sich um ein Gemeinschaftsprojekt und nicht das individuelle Projekt einiger Arbeiter handelte.

Ein weiteres Element, eine Grunderkenntnis ist die, dass wir uns nicht allein, isoliert von den anderen, retten können. Die Arbeiterkontrolle eines Unternehmens ist letztendlich mit dem Schicksal der anderen Arbeiter verbunden. Die heutige kapitalistische Krise ist nicht auf Fehler der Arbeiter zurückzuführen. Die Logik einer Kooperative jedoch zielt auf die Konkurrenz mit anderen Arbeitern, es dreht sich um die Frage, wer überlebt und wer scheitert, und so würden wir uns

letztendlich doch wieder im System wiederfinden, was zwangsläufig zu Selbstzerstörung und Misserfolg führt. Davon sind wir absolut überzeugt.

Politischer oder wirtschaftlicher Kampf?

Unser Kampf ist höchst politisch, unbedingt politisch. Selbst wenn es in der Fabrik und in der Versammlung verschiedene Meinungen gibt, stehen wir doch permanent einem selben politischen Feind gegenüber, der Bourgeoisie. Es ist sehr wichtig, sich dessen stets bewußt zu sein, dies stets vor Augen zu haben, das dies einfach so ist.

Und das alles ist nicht nur ein wirtschaftlicher Kampf. Denn es stellt sich die Frage, wieso einige Fabriken schließen und andere öffnen? Wieswegen einige Fabrikbesitzer staatliche Hilfen bekommen, während die Arbeiter leer ausgehen? All das ist ein politisches Problem.

Wir wollen also diese Gesellschaft verändern. Wir meinen, dass diese Gesellschaft auf Ausbeutung basiert. Wenn die ganze Gesellschaft so organisiert ist, dass nur einige wenige Gewinne machen und nicht nach den Bedürfnissen der breiten Sektoren der Gesellschaft gewirtschaftet wird, dann handelt es sich um ein ungerechtes System. Ein System, wo einige wenige die Produktionsmittel und der Rest nur ihre Arbeitskraft besitzen, ist ein ungerechtes System. Denn diejenigen, die nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung haben, leiden mehr unter den Folgen der Arbeitslosigkeit, der Krise. In allen Krisen sind diejenigen, die unten im Schiffsraum sind, diejenigen, die leiden: Alle reden zwar von Krise, aber einige haben Rettungsboote zur Disposition; wir aber sind unten, wir haben gar nichts.

Der Wettbewerb ist genau das: Du musst den anderen übertreffen, egal mit welchen Mitteln, denn das Ziel ist der Profit.

Wir wollen es nicht, aber heute sind wir leider gezwungen, den Wettbewerb zu berücksichtigen, wir sind gezwungen mitzuspielen. Um zu überleben, muss man mit den anderen wetteifern, wir müssen kaufen und verkaufen....

Aber dabei stellt sich vielleicht eine andere Frage: Sind wir für die „Solidarität zwischen den Genossenschaften? „ Die Antwort lautet ja. Das scheint uns grundlegend. Wir haben sehr gute Beziehungen zu den Kameraden des Hotel Bauen, zum Beispiel. Es ist ein besetztes Hotel in Buenos Aires. Dort haben sie Zimmer mit Fliesen von hier, von uns, und wenn wir nach Buenos Aires gehen müssen, wenn Kollegen sich dort aufhalten müssen,

weil sie krank sind zum Beispiel, oder auch aus sozialen Gründen, empfangen sie uns und verlangen nichts, sie empfangen uns gratis. Die Beziehung zu ihnen ist wirklich gut.

Aber all das ist es eine sehr marginale Wirtschaft. Selbst wenn man alle Genossenschaften zusammenzählen würde, wäre dies viel zu wenig. Und die sogenannte Autonomie der Genossenschaften geht zu Ende, wenn die Strom- und Gasrechnungen kommen... Dann werden wir wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Man muss sich dessen bewusst sein, dass die Autonomie eine sehr relative Angelegenheit ist, wenn die Preise steigen, wenn der Wechselkurs des Dollars steigt, wenn die Verkäufe zurückgehen. Es ist nicht möglich, der Macht auszuweichen. Entweder du erkennst es und du bekämpfst sie, oder wir werden immer wieder gegen die Wand fahren. Das ist unsere Sicht der Dinge.

Und angesicht der weltweiten Krise, wie denkt ihr vorzugehen?

Man muss sehen, wie man aus dieser Lage herauskommt, denn in dieser Krise steht alles auf dem Spiel. Wir stehen wieder einmal vor einer Prüfung. Wir sind aber sicher, dass der Ausgang nicht allein von den Arbeitern von Zanon abhängt, sondern es wird davon abhängen, was Abertausende von Arbeitern in Argentinien und in der Welt tun. Wir legen große Hoffnungen in das, was die Arbeiterklasse in Frankreich und in Deutschland machen wird. Wir brauchen Verstärkung. Für uns ist es extrem ermutigend zu sehen, was die Kollegen von Continental machen. Jene Fabrik, in der die Arbeiter entlassen werden sollten oder die Löhne nicht ausgezahlt werden sollten. Daraufhin antworteten die Arbeiter mit der Geiselnahme der Geschäftsführer, bis das Unternehmen sich gezwungen sah zu versprechen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist eine sehr radikale Methode. Jetzt ist es notwendig, die Perspektive zu radikalisieren. Jener, der weggehen muss, ist der Geschäftsführer, der Besitzer, und die Arbeiter bleiben in der Fabrik. Das wäre eine gute Lösung...

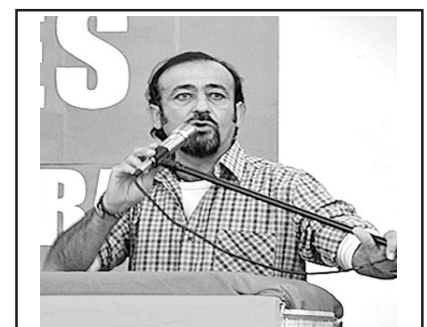
Aber gut, wir müssen sehen, wie man dieser Prüfung trotzen wird. Wir haben darüber debattiert, und wir können ganz bescheiden das, was wir in den letzten Jahren gelernt haben, weitergeben, und zwar nicht nur an die argentinischen Arbeiter, sondern an alle, überall auf der Welt. Unsere Botschaft lautet: „Auch sie können Ähnliches leisten“. Dafür ist es jedoch notwendig, nicht nur an sich

selbst oder an die eigene Fabrik zu denken... Die Lösung, die Einheit der Reihen, liegt nicht innerhalb des Unternehmens, sondern liegt vor dem Fabrikator des Unternehmens, sie liegt draußen, in den Vierteln, dort, wo andere Arbeiter und Arbeiterinnen mit denselben Bedürfnissen sich befinden, dort, wo es ethnische Minderheiten gibt, die unterdrückt werden, dort, wo die Jugendlichen sich befinden, die keine Zukunft haben... Sie ist dort, wo sich die Kräfte befinden, die notwendig sind, damit die Fabriken mit einer anderen Mentalität, mit einer anderen Perspektive aufblühen.

Es ist auch möglich, dass diese Krise uns alle hinwegfegt, denn wir haben immer noch nicht die adäquaten Waffen, um uns dagegen zu stemmen. Wenn man an die Tiefe der Krise denkt, dann benötigen wir gewaltige Kräfte, um ihr zu trotzen. Wir wissen nicht, ob wir in der Lage sein werden, es zu schaffen, aber wir sind sicher, dass wir bis zum letzten Tropfen Blut kämpfen werden. Und um diesen Kampf zu führen, brauchen wir Verbündete, wir brauchen sehr viele Kollegen sowohl in Argentinien als auch in der Welt, die davon überzeugt sind, dass man eine andere Welt aufbauen kann.

Viele Jahre lang, glaube ich, hat man uns mit Skeptizismus vergiftet. Sie haben uns im Glauben erzogen, dass man nur Kleinigkeiten fordern kann und dass eine andere Zukunft unmöglich ist. Für uns ist es genau umgekehrt. Wir meinen, eine andere Zukunft ist möglich, und dafür werden wir unser Leben einsetzen. Wir werden mit dem Leben zahlen, denn entweder werden wir wieder einmal die Krise ausbaden müssen, mit Millionen Arbeitslosen, mit Millionen Hungernden, oder wir lassen sie ein für alle Mal für die Krise zahlen, und dann haben wir Arbeiter eine Zukunft.

Wir haben eine Gewissheit. Wir haben die Gewissheit, dass wir diesen Kampf austragen werden. Wir wissen nicht, ob wir gewinnen werden, aber keine Schlacht ist im Voraus gewonnen..., wir wissen aber auch, dass wir nichts zu verlieren haben.



Raúl Godoy, Generalsekretär der SOENC

Zur Situation von Flüchtlingen in Deutschland

One-Way nach Vietnam mit Air Berlin

Brutale Abschiebepaxis deutscher Behörden

Gemeinsam organisierten im November letzten Jahres 11 EU-Staaten die erste und größte Massenabschiebung von 71 Asylbewerbern aus Nigeria und Gambia. Auch die deutschen Ausländerbehörden halten an ihrer brutalen Abschiebepaxis fest und fördern somit bewusst ein Klima der Fremdenfeindlichkeit und des Fremdenhasses mit der Absicht, die Arbeiterklasse nach ethnischer oder konfessioneller Zugehörigkeit zu trennen. Von Berlin aus wurden am 8. Juni 107 Vietnamesen in einem Charterflugzeug von Air Berlin abgeschoben. Es ist die erste Massenabschiebung von Vietnamesen seit über zehn Jahren. 1.042 Vietnamesen beantragten im vergangenen Jahr Asyl in Deutschland. Damit sind Vietnamesen nach Menschen aus dem Irak und der Türkei die drittgrößte Gruppe von Asylbewerbern.

Sie wurden gezwungen, zurück in ein Land zu gehen, wo sie einst entschieden, alles hinter sich zu lassen. Sie entflohen nicht haltbaren Lebensverhältnissen. Sie leben hier seit vielen Jahren, ihre Kinder wuchsen hier auf und gehen hier zur Schule. Sie verließen Vietnam aus den verschiedensten existenziellen Gründen, einige folgten Familienangehörigen, die damals von der DDR als Werksarbeiter geholt wurden, und arbeiteten in Deutschland vor allem in Imbissen und als Zigarettenverkäufer. Viele wählten das Asylverfahren aufgrund fehlender Alternativen der Zuwanderung nach Europa. Ein sicherer Aufenthalt und die damit verbundenen bürgerlich-demokratischen Rechte blieben ihnen verwehrt.

60 Bundespolizisten flogen mit den Vietnamesen nach Hanoi, Plastikfesseln und Fixiergurte sind an der Tagesordnung. Koordiniert werden diese Massenabschiebungen von der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. Unterstützt von der rot-roten Berliner Regierung. Bezahlt (letztendlich) aus Steuergeldern; eine Abschiebung kostet pro Person laut FRONTEX etwa 8100 Euro. Finanziell profitiert das Unternehmen Air Berlin und auf undurchschaubaren Umwegen auch die heranwachsende vietnamesische Bourgeoisie – eine ganz „legale“ Art des Menschenhandels.

In der Vergangenheit konnten Abschiebungen durch den Protest von Mitreisenden, durch Verweigerung der Piloten und durch den Widerstand der Abzuschiebenden selbst immer wieder ver-

hindert werden. Der gesonderte Charterflug und das hohe Polizeiaufgebot sollten dieses verhindern, trotzdem demonstrierten etwa 300 Personen am Flughafen Schönefeld in Berlin und setzten sich der bundespolizeilichen Repression aus.

In imperialistischen Staaten wie Deutschland ist es auch die Aufgabe von Revolutionären, Kräfte gegen die verachtende Flüchtlingspolitik zu sammeln und in einem ersten Schritt demokratische Rechte für sie mit einzufordern.

STOP DEM ABSCHIEBE-TERROR!

BLEIBERECHT FÜR ALLE!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!



Brasilien

Schlachtfeld Campus

Repression an der Universität von São Paulo

Kurzbericht der IK-Redaktion

12. Juni 2009

An der Universität von São Paulo (USP) kam es am 9.5. zu heftigen Auseinandersetzungen der Beschäftigten und Studierenden mit der Polizei. Die Polizei ging mit Tränengasbomben und Gummiknüppeln gegen die Arbeiter und Studierenden vor, die an der USP seit dem 5. Mai streiken. Sie verlangen eine Gehalts-

erhöhung für Universitätsangestellte von 16% und verteidigen ihre Arbeitsplätze, die wie überall auf der Welt seit der internationalen Krise von Streichungen bedroht sind.

Am 9. Dezember letzten Jahres hat das Rektorat der öffentlichen Universität des Bundeslandes São Paulo (USP)

Claudionor Brandão, ein seit 1987 tätiges Führungsmitglied der Gewerkschaft der Arbeiter der USP und gewählten Vertreter der Arbeiter beim Universitätsrat von São Paulo fristlos entlassen. Diese Maßnahme ist ein Bestandteil des laufenden Prozesses von systematischen Verfolgungen und Bestrafungen der Arbeiter-, Studenten- und Sozial-

bewegungen, der im Bundesland São Paulo herrscht. Brandão nahm an den Kämpfen gegen die Privatisierung der Universität aktiv teil. Deswegen versuchen jetzt das Rektorat der Universität von São Paulo und die Regierung des Bundeslandes São Paulo, Brandão auf die immer länger werdende Liste der Entlassenen aus politischen Gründen im ganzen Bundesland zu setzen.

Studierende solidarisierten sich mit den Angestellten der USP, und nachdem 1500 Personen sich gegen die Entlassungen und Kürzungen zur Wehr gesetzt hatten, wurde der Universitätscampus zum

ersten Mal seit der brasilianischen Militärdiktatur von der Polizei besetzt. Brandão wurde dabei festgenommen und die Polizei ging gegen die Streikenden stark repressiv vor.

**Polizei raus aus Bildungseinrichtungen!
Stoppt die Repression!
Hoch der Kampf der USP-Arbeiter!**

**Für die Einheit von Studierenden und Arbeitern!
Die Kapitalisten sollen für die Krise bezahlen!**



Die Polizei macht den reaktionären Studenten an der USP eine große Freude.
Sprechblase: Schießt auf die da! Es sind nur Kommunisten und Kiffer!

Unsere Publikationen

Ein kleiner Beitrag zur Kritik am Kapitalismus aus marxistisch-revolutionärer Sicht



BUNDESWEHR RAUS AUS AFGHANISTAN UND DEM NAHEN OSTEN

Seit mehr als 15 Jahren ist die Bundeswehr nun im Auslandseinsatz. Ob in Afghanistan, im Kongo oder am Horn von Afrika, die deutschen Soldatinnen und Soldaten beteiligen sich weltweit an NATO-, UN- und EU-Missionen. 7.170 deutsche Soldaten „verteidigen“ in aller Welt die Demokratie mit der Waffe in der Hand, 3.730 davon in Afghanistan plus mehrere tausend Söldner, bezahlt aus dem Topf des Wiederaufbaus. Hinter abstrakten Werten wie Demokratie oder wohl klingenden Worthülsen wie „humanitäre Verteidigung“ bzw. „Einsätze“, „Beobachter-Missionen“ und der Formel des sogenannten „Kampfes gegen den Terrorismus“ oder neulich gegen die „Piraterie“ verbergen sich jedoch wirtschaftliche Interessen strategischer Natur, hinter denen die imperialistische Kapitalistenklasse Deutschlands gefolgt von ihren parlamentarischen Vertretern ihre wahren Absichten verbirgt.

Die Militarisierung der Außenpolitik Deutschlands zielt darauf ab, mehr politischen und wirtschaftlichen Einfluss für Deutschland angesichts des wachsenden politischen und wirtschaftlichen Hegemonieverlusts der USA zu gewinnen. Es geht um den „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“.

Deutsche Soldaten in Afghanistan erschießen und töten Frauen und Kinder und kommen in ihrer Heimat straffrei davon. Deutsche Soldaten spielen mit toten Schädeln, lassen sich dabei lächelnd ablichten und saufen ohne Ende... Und dies wird als ein Beitrag zur Demokratisierung und dem Weg zu „dem neuen Afghanistan, ein Afghanistan, in dem wieder Bäume gepflanzt werden“ ausgegeben. (Frank-Walter Steinmeier)

Wie verlogen die ganze Argumentation ist, zeigt die Tatsache, dass Mädchen keine Stunde entfernt vom



Feldlager der Bundeswehr nicht mehr zur Schule gehen dürfen, da dies die Taliban nicht zulassen. In Deutschland werden Jugendlichen sowohl in Jobcentern als auch an deutschen Schulen die guten Jobaussichten bei der Bundeswehr gepriesen. Dort müssen sie für imperialistische Interessen sterben.

In diesem Kriege stehen Revolutionäre auf der Seite des unterdrückten Volkes. Revolutionäre kämpfen zuerst für die Niederlage der imperialistischen Truppen ihres eigenen Landes. Sie sollten sich mit dem Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten aus den Halbkolonien gegen die Besatzungstruppen solidarisieren und zuhause alles dafür tun, um deren Vorhaben zum Scheitern zu bringen, denn die Niederlage der imperialistischen Truppen im Ausland wird unseren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung im eigenen Land beflügeln.

- > **Sofortiger Rückzug der imperialistischen Truppen, auch der Bundeswehr, aus Afghanistan und allen anderen Interventionszonen!**
- > **Nieder mit dem sogenannten „Krieg gegen den Terror“ und allen Antiterror-Gesetzen!**
- > **Asylrecht für alle Flüchtlinge aus Afghanistan und dem Nahem Osten sowie Gewährung aller bürgerlichen Rechte!**
- > **Organisation einer Kampagne für den sofortigen Abzug der imperialistischen Truppen, auch der Bundeswehr, durch die Arbeiterorganisationen, die Anti-Kriegsbewegung und die gesamte Linke!**
- > **Für die militärische Niederlage des Imperialismus einschließlich der deutschen Besatzungstruppen in Afghanistan, und dem ganzen Nahem Osten!**